Nr. 35 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 18

Morgen-Ausgabe

70 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 60.— M., monatl. 20.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 34.— M., für das übrige Ausland 72.— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehngespaltene Nonpareillezeile kostet 9.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 8.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.50 M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Sonnabend, den 21. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Asquith gegen Versailles.

London, 20. Januar. (WTB.) Vor den Geschäftsleuten der City führte Asquith in einer großen Rede aus, daß die Arbeitslosigkeit in einem noch nicht dagewesenen Maße fortdauere. Sie koste dem Staat im gegenwärtigen Augenblick unmittelbar etwa 2 Millionen Pfund in der Woche und mittelbar eine unberechenbare weitere Zahl von Millionen.

Der wahre Grund der herrschenden Erwerbslosigkeit

und des Niedergangs des internationalen Handels Englands sei, daß andere Nationen nicht in der Lage seien, unter Bedingungen zu kaufen, unter denen England verkaufen könne und umgekehrt. Der industrielle und wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands habe verhängnisvolle Folgen zeitigen müssen. Vor dem Kriege sei Deutschland der beste Kunde und größte Lieferant Rußlands, Italiens, Oesterreichs und einer Anzahl kleinerer Staaten auf dem Kontinent und der zweitgrößte Kunde und Lieferant Großbritanniens gewesen. Der industrielle und finanzielle Zusammenbruch Deutschlands müßte daher die ernstesten Folgen nach sich ziehen. Unglücklicherweise sei die Frage des Wiederaufbaues des hungernden Europa fast die letzte Sorge der Staatsmänner und Diplomaten in Versailles und Paris gewesen, die sich mehr damit beschäftigten, die Weltkarte neu zu zeichnen und in großem Maße imaginäre (eingebildete) Reparationen festzusetzen.

Auf den Waffenstillstand und den Friedensvertrag, die den Frieden für die erschöpfte Welt hätten sichern müssen, sei unmittelbar

der neue Zollkrieg

gefolgt, in dem Frankreich, Spanien, Italien und Teile des früheren Oesterreich-Ungarn und Rußlands sowie Jugoslawiens sich eifrig mit der Errichtung von Zollmauern beschäftigten. Die wilden Schwankungen der Wechselkurse seien nur Symptome und Folgen, nicht die Ursache der wirtschaftlichen Unordnung. Jeder wirkliche wirtschaftliche Wiederaufbau sei unmöglich, bevor nicht die Fragen der Reparationen und der alliierten Schulden endgültig geregelt seien.

Seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages hätten nicht weniger als zehn europäische Konferenzen über die Reparationsfrage stattgefunden, die vor kurzem in dem

Fiasko von Cannes

gipfelten. Jede der Konferenzen sei damit beschäftigt gewesen, das Werk der vorigen Konferenz abzuändern oder ungültig zu machen. Was die Welt, was die Geschäftswelt wolle, sei Gewißheit und Endgültigkeit. Diese werde man nicht erhalten, wenn man nicht ein für allemal im Lichte der Tatsachen

die unmöglichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages

abändere. (Beifall.)

Es sei keine Frage der Milde gegen Deutschland, sondern eine Frage des eigenen Interesses für eine Anzahl von Staaten, die den Wohlstand Europas nur neu schaffen könnten, wenn sie die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit voll anerkennen. (Beifall.) Eine wirkliche dauernde Wiederherstellung könne nicht stattfinden, bevor sich nicht die großen und kleinen Nationen bereit zeigten, das Erbe, das der Krieg zurückließ und das alle gemeinsam tragen müßten, mutig auf sich zu nehmen.

London, 20. Januar. (WTB.) Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen Großbritanniens betrug am 10. Januar 1 933 456 gegen 1 685 743 am 30. Dezember 1921. Die Höchstziffer im Juni 1921 war 2 177 899.

Arbeitslosenunruhen im freien Irland.

London, 20. Januar. (EP.) Die Arbeitslosen von Dublin haben den größten Teil des Runtondegebäudes besetzt und weigern sich, es zu räumen. Auf dem Gebäude ist die rote Flagge gehißt worden. In Dublin sind 30 000 Arbeitslose. — Die Bureauräume einer Zeitungsdruckerei sind von Sinnfeinern zerstört worden. Die Direktion der Zeitung hatte sich geweigert einen Artikel aufzunehmen, der gegen das Abkommen mit England gerichtet war. Setzmaschinen und Motore wurden beschädigt.

Poincaré — la Guerre.

Paris, 19. Jan. (WTB.) Der „Radical" schreibt: In gewissen Vierteln kämen die Kinder zitternd aus der Schule und fragen ihren Vater, ob es wahr wäre, daß es wieder Krieg gäbe. Ob es wahr wäre, daß Poincaré dasselbe sei wie der Krieg. (Die sozialistischen Arbeiter Frankreichs geben längst dieser Wertung kurz und bündig Ausdruck durch die Zusammenziehung Poincaré — la Guerre. Red.) Es sei traurig, darin ein Anzeichen für die Atmosphäre erblicken zu müssen, von der einige Gemeindeschulen erfüllt seien und was noch trauriger sei, man könne sich fragen, ob es nicht im höheren Unterrichtswesen Frankreichs, nicht einmal an der Sorbonne, Lehrer gäbe, die sich durch ihren Beruf verpflichtet fühlten, das Beispiel der Ruhe, des kritischen Geistes, der Vernunft und des Maßes zu geben und die imstande wären, eine entsprechende Atmosphäre um sich zu schaffen. Auf einem Bankett der Liga der Republik habe man u. a. verblüffenden Dingen vernehmen können, daß Frankreich, inmitten Europas isoliert, allein auf einem unfruchtbaren Felsen erdrückt unter der Last seiner Rüstung, der wütenden, verabscheuten, von allen verlassenen Walküre gleiche und Redner habe gefragt: War das unsere Vorstellung, als wir für Frankreich Sieg, Vergötterung und Liebe erträumten? Diese, vom Philosophieprofessor Camille Bouge — von der Pariser Universität — stammenden Worte verrieten in der Tat einen philosophischen Geist von bewunderungswürdiger Gewichtigkeit und seltener Gerechtigkeit.

Aussichten der Drohpolitik.

Mailand, 20. Jan. (TU.) Vom „Corriere della Sera" wird aus Paris gemeldet, es sei ein Irrtum, Poincaré für nicht geneigt zu halten, die Sanktionspolitik des „bloc national" in Verhandlungen zu vertreten, die nach seiner Erklärung der Unterzeichnung des Garantievertrages vorausgehen werden. Die hohen Töne, die er anschlägt, bezwecken nur, die Kapitulation der Nationalisten vor dem Zwange nicht zu ändernder Tatsachen zu verschleiern. Im Grunde seien die von ihm unter Androhung neuer Sanktionen gestellten Forderungen mit dem Reparationsproblem für Frankreich und Deutschland erledigt. Deutschland habe sich dazu bereit erklärt. Es bliebe die Frage der Auslieferung der „Kriegsverbrecher", die allerdings zu Komplikationen führen könnte, wenn der Oberste Rat die Beschlüsse des interalliierten Justizausschusses sanktionierte. Das sei aber wenig wahrscheinlich, da hiermit der Oberste Rat die an die Wiederherstellung und die Wohlfahrt Europas geknüpften Hoffnungen selbst vernichten würde.

Ein Wendepunkt in Italien?

O. L. **Rom, 17. Januar.**

Die wachsende Zuspitzung der innerpolitischen Lage und die Sorgen, die die Unsicherheit der auswärtigen Politik zeitigt, haben nun auch die italienische Arbeiterbewegung dahin gebracht, die Frage einer Revision der Parteitaktik als aktuelle, sofort auf eine Lösung drängende Frage ins Auge zu fassen.

Die Generalföderation der Arbeit hat am 12. d. M. in einer Sitzung ihres leitenden Ausschusses eine Resolution angenommen, die für die sozialistische Parlamentsfraktion das Recht fordert, ein Ministerium zu unterstützen, das „die Wiederherstellung der elementaren Volksrechte und die Verwirklichung eines Programms gewährleistet, das den dringendsten proletarischen Forderungen Rechnung trägt". Diese Tagesordnung bedeutet den offenen Bruch mit der in Mailand bestätigten Intransigenz und wird im Leitartikel des „Avanti" vom 15. d. M. als „der Weg zum Verderben" bezeichnet.

Was die Konföderation der Arbeit, die Zentrale der italienischen Gewerkschaftsbewegung, bestimmt hat, der Arbeiterklasse diesen Weg zu weisen, ist in wenigen Worten dargelegt. Etwa ein Drittel von Ober- und Mittelitalien steht heute unter der Diktatur der Fascisten. In einigen Gegenden ist es dahin gekommen, daß man, um sich von einem Ort zum anderen zu begeben, einen von dem lokalen „Fascie" ausgestellten Paß braucht! Die systematische Zerstörung unserer Gewerkschaftshäuser und Arbeiterkammern dauert an. In diesen Tagen haben die Fascisten gar einer ganzen Stadt, Prato in Toskana, einem Ort mit 57 000 Einwohnern, der durch seine anarchistischen Traditionen bekannt ist, Urfehde geschworen und seine Zerstörung angedroht. Sie haben durch Maueranschlag bekanntgegeben, daß die Stadt in Brand gesetzt werden würde, falls einer der Ihren, der in einem Konflikt verwundet wurde, an der Verwundung sterben sollte. Es handelt sich also um eine neue Vollzugsgewalt, die, ohne sich um die herrschenden Gesetze zu kümmern, ihr eigenes „Recht" öffentlich bekanntgibt und ungehindert anwendet.

Macht man es sich nun klar, daß die fascistische Bewegung sich gegen die stärkste politische Partei des Landes, eben die sozialistische Partei wendet, die 125 Abgeordnete im Parlament hat und 2000 Kommunen verwaltet, die Mehrheit in einem Drittel aller Provinzialverwaltungen innehat, so wird man begreifen, daß ein derartiger Zustand in den Massen die Forderung auslösen muß: „Schützt uns gegen diese Gewalt oder lehrt uns, uns selber zu schützen." Die Partei hat bisher weder das eine noch das andere getan.

Zum Schutz gegen den Fascismus gab es zwei Wege: die Massen bewaffnen und der Gewalt Gewalt entgegenstellen, oder die Regierung zwingen, den Fascismus auf gesetzlichem Wege im Zaum zu halten.

Nun ist das Bewaffnen der Massen wohl für die Kommunisten eine Maßnahme, die technisch spielend bewältigt und menschlich leicht verantwortet wird. Unsere Partei sieht die Sache etwas anders an. Sie weiß auch, daß es bei der heutigen Handhabung der Gesetzgebung über das Waffentragen keine Kleinigkeit wäre, die proletarischen Massen auf eine der der Fascisten auch nur annähernd entsprechende kriegerische Ausrüstung zu bringen. Die große Mehrheit aller führenden Persönlichkeiten unserer Bewegung weist überdies mit Abscheu den Gedanken von sich, den Bürgerkrieg zu entfesseln. Schließlich verspricht man sich — von allen moralischen Erwägungen abgesehen — wenig Erfolg von einem bewaffneten Widerstand der Massen, dem sofort die Polizeigewalt, die heute mit Panzerautos und Maschinengewehren eine absolute technische Ueberlegenheit besitzt, entgegentreten würde. Unter solchen Umständen kann wohl die Gewalt aus der Situation geboren werden: sich plötzlich aufrecken, urwüchsig, wie das Leben selbst, um das es geht, vor allem geschriebenen Recht, über allem geschriebenen Recht, als elementare Selbstbehauptung, aber sie kann nicht von einer politischen Partei angeraten und vorgeschrieben werden. Als geplante politische Massenaktion wäre sie eine Dummheit und ein Verbrechen, weil sie zum sicheren Mißerfolg vorbestimmt wäre.

Und wenn die Partei die gewaltsame Abwehr nicht anraten und nicht organisieren konnte, so lag es doch nicht im Interesse der heimgesuchten Bevölkerung, diese Unfähigkeit zuzugeben. Man hat also nur in den seltensten Fällen den Massen offen gesagt: „Mit dem, was wir an Gewalt aufzubringen vermöchten, wäre euch gar nicht geholfen." Und durch dieses Verschweigen der eigenen Ohnmacht, das vielleicht taktisch notwendig war, gab man einerseits den Kommunisten Gelegenheit, das die Gewalt ablehnende Verhalten der Partei als Mangel an Mut zu bezeichnen, andererseits verwirrte man die Massen in ihrem Glauben an die Partei, denn eine in ihren Lebenswerten und ihren teuersten Gütern vergewaltigte und bedrohte Masse sieht es nicht ein, kann es nicht einsehen, daß man ihr nur aus moralischen und prinzipiellen Erwägungen den Beistand der Gewalt gegen die Gewalt versagen könnte.

Aus dieser Sachlage folgte eine wachsende Entfremdung der Massen, die besonders in Gewerkschaftskreisen

Die Steuerberatung.

Die interfraktionelle Sitzung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie zur Beratung der Steuerangelegenheiten tagte am Freitagnachmittag mehrere Stunden. Das Ergebnis entspricht, wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" schreibt, keineswegs der Zeitdauer der Verhandlung. Ein Weg zur Verständigung wurde bisher nicht gefunden. Eine Einigung über Einzelfragen scheint leicht möglich, jedoch ist man in den Hauptfragen der Lösung nicht im geringsten nähergekommen. Das gilt vor allem von der inneren Anleihe, die für die Sozialdemokratie gewissermaßen die Grundlage der Verhandlungen bildet. Das Zentrum scheint gegen eine solche Anleihe im jetzigen Zeitpunkt weniger grundsätzliche, als taktische Einwendungen zu erheben: Höchstwahrscheinlich wird sich der Reichskanzler in den nächsten Tagen selbst an den Kompromißverhandlungen beteiligen. Vorläufig sind die Schwierigkeiten, die einer Verständigung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie im Wege stehen, nicht unerheblich.

Vor der Kanzlerrede.

Der Reichstag wird bestimmt auch im Monat Februar noch tagen, um mindestens die dringendsten Arbeiten zu erledigen. Es sollen nötigenfalls nur ganz kurze Pausen eintreten. Für Dienstag ist die große politische Debatte, die mit einer Rede des Reichskanzlers eröffnet werden wird, vorgesehen. Dr. Wirth beabsichtigt nicht nur eine Regierungserklärung über die Reparationsfrage abzugeben, sondern auch das Plenum von der Erledigung unserer Verpflichtungen und der hierzu notwendigen Maßnahmen in großen Umrissen in Kenntnis zu setzen. Außerdem wird die Kanzlerrede alle innen- und außenpolitischen Probleme behandeln, insbesondere aber auf die letzten öffentlichen Ausführungen des englischen und des französischen Ministerpräsidenten antworten. Die Aussprache wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Die Ministerkonferenz.

Die Konferenz der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten dauerte mit einer kurzen Unterbrechung bis in den späten Nachmittag. An den Verhandlungen nahmen außer den Reichsministern die Regierungschefs aller 18 Länder oder ihre Vertreter sowie ihre Berliner Gesandten teil. Nach der Begrüßungsansprache des Reichskanzlers erstattete Dr. Rathenau ausführlich Bericht über seinen Aufenthalt in London und Paris und über die Konferenz in Cannes. Daran schloß sich zunächst eine Aussprache über die außenpolitische Lage, in deren Verlauf einzelne Regierungschefs, namentlich die Ministerpräsidenten von Preußen, Bayern und Württemberg, ihrem vollen Verständnis für die Schwierigkeiten der deutschen Außenpolitik Ausdruck gaben und den festen Entschluß ihrer Regierungen bekundeten, auch fernerhin in allen Gefahren treu zum Reiche zu stehen. Sie regten an, die Reichsregierung möge durch ähnliche Konferenzen die Regierungen der Länder über die schwebenden Fragen der Politik stetig auf dem laufenden halten. Der Reichskanzler erklärte, die Regierung werde dieser Anregung bereitwilligst nachkommen. Hierauf trat die Konferenz in die Erörterung innerpolitischer Fragen ein. Vizekanzler Bauer schloß die Konferenz mit dem Dank der Reichsregierung an die Vertreter der Länder.

scharf empfunden wurde, in denen die Berührung mit den ländlichen Massen inniger ist als in der Partei. Es erklärt sich, daß gerade die gewerkschaftliche Bewegung zuerst den Mut fand, der Katze die Schelle umzuhängen und laut zu sagen, was viele leise sagten. Denn für sie war der Rückschlag der Ohnmacht der Partei schwerer und unmittelbarer als für die politische Bewegung.

Der Gedanke, die Abwehr gegen den Fascismus, die man durch direkte Gewalt nicht durchsetzen konnte, durch Druck auf die Regierung zu erzwingen, ist so alt wie der Fascismus. Man hat diesen Druck versucht, aber nur durch eine beständige Opposition. Nun ist aber die sozialistische Opposition für ein Ministerium, dem es ernst ist mit dem Eindämmen des Fascismus, ein Element der Schwäche, nicht der Kraft. Durch Opposition von links drängt man das Kabinett nach rechts, wo es die Unterstützung suchen muß, ohne die es keine Mehrheit aufbringen kann; und was man von der Rechten an parlamentarischem Schutz erlangt, das muß man in Rücksichtnahme auf die Fascisten zurückzahlen. So hat die Fraktion sicher durch ihre Taktik das Kabinett Bonomi in der Bekämpfung des Fascismus eher gelähmt als gestärkt: durch ihre chronische bedingungslose Opposition hat sie die Regierung der Zwangslage überhoben, mit der Fraktion als einem etwa zu gewinnenden Faktor zu rechnen.

Demgegenüber fordert nun die Konföderation der Arbeit, die Partei solle einem bürgerlichen Kabinett, das die Wiederherstellung der Gesetzlichkeit verspricht, ihre Unterstützung zusichern, wodurch das Kabinett in die Lage versetzt wird, auf so viel Stimmen von Rechts zu verzichten, als ihm von sozialistischer Seite geboten werden. Natürlich verhehlt man sich auch in den Kreisen der „Reformisten" nicht, daß es sich nur um einen Versuch handelt, der noch dazu in ungünstigen Bedingungen unternommen wird. Das heutige Kabinett hat eine Mehrheit. Es braucht einem sozialistischen Vorstoß nicht zu unterliegen, es sei denn, daß es von den Klerikalen in Stich gelassen würde. Je stumpfer auf bürgerlicher Seite das Gefühl für die Zerrüttung und Rechtlosigkeit der heutigen Lage ist, um so weniger ist das heutige Kabinett gefährdet, um so geringere Chancen hat der von der Konföderation vorgeschlagene Versuch.

Außer der Verschärfung der Fascistenplage hat auch die wirtschaftliche Krise die Konföderation bestimmt, endlich offen mit dem Vorschlag der Aenderung der Taktik hervorzutreten. Die Bankkrise, deren zentrale Erscheinung bis jetzt die Bewilligung des Moratoriums für die „Banca di Sconto" ist, verschärft die Krise der Produktion, da zahlreiche Fabriken wegen Mangel an flüssigem Gelde ihre Betriebe einschränken oder still legen. Die Arbeiterschaft gleichzeitig der wachsenden Arbeitslosigkeit und dem Fascismus ausliefern, heißt aber, sie aus den Händen geben, die gewerkschaftliche Arbeit von Jahren zuschanden werden lassen.

Zu all dem kommt die europäische Lage, die eine so große Rolle in der italienischen Wirtschaftskrise spielt. Die finanzielle und wirtschaftliche Lahmlegung der mitteleuropäischen Republiken ist, wie wir wiederholt dargelegt haben, eine wesentliche Ursache der italienischen Produktions- und Absatzstockung. Trotz der Zollgrenzen ist die Ware der valutaschwachen Industrieländer in Italien so billig, daß die inländische Produktion nicht dagegen an kann; gleichzeitig verschließt sich der mitteleuropäische Markt den landwirtschaftlichen Erzeugnissen Italiens.

Nichts ist daher natürlicher, als daß die Konföderation der Arbeit auch in der internationalen Politik von der auf dem Parteitag von Mailand festgesetzten Intransigenz abzugehen strebt. Ein Schritt in diesem Sinne ist bereits auf der jüngsten Sitzung des leitenden Ausschusses der Konföderation getan worden, indem der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale der Vorschlag gemacht wurde, für die bevorstehende Konferenz von Genua die Beteiligung der Gewerkschaftsvertretungen aller Länder zu fordern.

Unter dem Druck der schweren Not des Tages, von dem die Massen Abhilfe erwarten, wendet sich so die italienische Arbeiterbewegung nach rechts, mit der Absicht, die Regierung unter ihren direkten Einfluß zu bringen, um die beiden Zwillingsbrüder des Krieges, Wirtschaftskrise und Fascismus, innerhalb des gegenwärtigen Regimes und mit den Machtmitteln dieses Regimes zu bekämpfen.

Die nächste Zeit wird nun die beiden aus diesem Schritt sich ergebenden Fragen lösen, ob nämlich diese Wendung noch zur Zeit kommt, ob nicht die Bourgeoisie in sich genug Halt gefunden hat, um des sozialistischen Beistandes nicht mehr zu bedürfen, und zweitens, wie sich der Parteivorstand zu dem Vorschlag verhalten wird, hinter dem die Mehrheit des organisierten Proletariats steht. Ein zweckloses Anerbieten unserer Partei würde in den Massen einen unheilvollen Rückschlag haben und den Kommunisten Wasser auf ihre Mühle liefern. Viel größeres Unheil würde aber die Spaltung mit sich bringen. Besser bei der heutigen passiven Taktik verharren, auch auf die Gefahr hin, die Fühlung zu den Massen zu vermindern, als die Arbeiterschaft durch eine Spaltung in Verwirrung und Bruderzwist stürzen!

Die Konföderation der Arbeit hat es sicher nicht leichten Herzens unternommen, den Parteivorstand vor eine so folgenschwere Entscheidung zu stellen. Eine Not, wie die es ist, die heute auf dem italienischen Proletariat lastet, bricht Eisen und kann auch Parteitagsbeschlüsse brechen.

Die Deutschen Werke.

Entscheidung verschoben.

Der Botschafterrat hat der deutschen Regierung nur eine kurze Mitteilung betreffend die Deutschen Werke gemacht, die jedoch keine weiteren Schlüsse zuläßt. Infolge dieser Unsicherheit hat sich der Arbeiterschaft der Deutschen Werke erneut eine große Erregung bemächtigt. Der Zentralbetriebsrat des Konzerns der Deutschen Werke hat demzufolge erneut eine Verhandlung bei General Nollet nachgesucht. In der heutigen Verhandlung erklärte Nollet dem Betriebsrat, daß die Interalliierte Militärkommission zurzeit noch über die einzelnen Fragen Beratungen pflege und die endgültige Entscheidung erst in etwa zehn Tagen zu erwarten sei.

Gnadenerweise für Märzverurteilte.

Am 19. Januar hat der preußische Justizminister eine Verfügung erlassen, die die Begnadigung der wegen Beteiligung am Märzputsch Verurteilten betrifft. In dieser Verfügung heißt es u. a.:

„Der Herr Reichspräsident hat sich entschlossen, in weitem Umfange denjenigen durch außerordentliche Gerichte des Reiches Verurteilten den Rest der Strafe bedingt zu erlassen, die insgesamt nicht mehr als 1 Jahr Freiheitsstrafe zu verbüßen haben. Um unbillige Härten gegenüber solchen Personen zu vermeiden, die wegen einer in Verbindung mit der Aufruhrbewegung vom März 1921 stehenden Straftat durch ein ordentliches Gericht verurteilt sind, soll geprüft werden, ob hinsichtlich dieser Verurteilung, soweit ihnen einschließlich der in Anrechnung gebrachten Untersuchungshaft oder nach Bildung einer Gesamtstrafe eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als 1 Jahr auferlegt worden ist, die Herbeiführung eines Gnadenerweises oder die Gewährung bedingter Strafaussetzung geboten erscheint."

Der weitere Teil der Verfügung betrifft Anweisungen an die Strafvollstreckungsbehörden und die Beauftragten für Gnadensachen, die nach Ueberweisung der Akten durch die Gerichte prüfen sollen, ob die Unterbrechung des Strafvollzuges angezeigt ist. Falls das Gericht die Aussetzung der Strafe beschließt, so ist nach der Verfügung des Justizministers eine Berichterstattung nicht notwendig. Lehnt das Gericht dagegen die Aussetzung der Strafe ganz oder zum Teil ab, so muß nach Erledigung der erforderlichen Ermittelungen, sowie nach Anhörung der Staatsanwaltschaft und des in Gnadensachen tätigen Rechtsanwaltes über die Herbeiführung eines Gnadenerweises Bericht erstattet werden. Nur bei Beteiligten, die zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr vollendet hatten, und die nach übereinstimmender Ansicht der an der Bearbeitung von Gnadensachen beteiligten Stellen wegen erheblicher Vorstrafen und schlechter Führung in der Strafhaft eines Gnadenerweises unwürdig sind, braucht kein Bericht erstattet zu werden.

Durch diese Handhabe der Gnadenaktion liegt es also bei dem Justizministerium, die letzte Entscheidung in solchen Fällen zu treffen, in denen die Beauftragten für Gnadensachen ablehnend beschieden.

Aus Bayerns Rätezeit.

München, 20. Januar. (Mtb.) Vor dem Volksgericht München II begann heute vormittag ½9 Uhr unter starkem Andrang die Verhandlung gegen 5 „Rotgardisten", die zur Zeit der Rätewirren im April 1919 in Miesbach auf Grund eines Urteils eines Revolutionstribunals gemeinsam mit 2 bereits verstorbenen und 2 geflüchteten Mitätern den Rotgardisten Lacher erschossen haben. Die Verhandlung, zu der über 20 Zeugen geladen sind, steht unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Dr. Aschker und dürfte auch den morgigen Tag noch in Anspruch nehmen. Angeklagt sind der Schlosser Siefert, der Hilfsarbeiter Breschinger, der Hilfsarbeiter Hauser, der Bäcker Essig und der Bäcker Anzenberger. Sämtlich in München bzw. der näheren Umgebung wohnhaft.

Nach dem Eröffnungsbeschluß haben sämtliche Angeklagte in Gemeinschaft vorsätzlich und mit Ueberlegung den Rotgardisten Lacher durch Abgabe einer Salve nach einem nur zum Schein (?) durchgeführten Verfahren eines Revolutionstribunals erschossen. Die Anklage lautet daher auf vorsätzlichen gemeinschaftlichen Mord. Die Vormittagssitzung wurde mit der Vernehmung der Angeklagten ausgefüllt. Sie gaben sämtlich zu, an der Erschießung teilgenommen zu haben, bestritten aber, bis auf Essig, auf den Erschossenen gezielt zu haben. Alle machten weiter geltend, sie hätten geglaubt, daß sie ein rechtskräftiges Urteil eines rechtmäßigen Gerichts auf Befehl zu vollstrecken hätten.

Die Novelle zum Landessteuergesetz.

Größere Anteile für Länder und Gemeinden.

Aus parlamentarischen Kreisen wird der „Dena" geschrieben: Dem Reichsrat ist ein Gesetzentwurf zur Aenderung des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 zugegangen. Die Einbringung der Novelle ist notwendig geworden, weil die bisherigen Bestimmungen des Landessteuergesetzes auf Grund der neuen Steuergesetze in mehreren Punkten abgeändert werden müssen. Bezüglich der Vergnügungssteuer wird festgestellt, daß die Gemeinden zur Erhebung einer solchen nach den vom Reichsrat zu erlassenden einheitlichen Richtlinien verpflichtet sind. Das Landesrecht ist mit den Verfügungen des Reichsrats in Einklang zu bringen, kann jedoch bestimmen, ob die Steuer vom Lande oder von den Gemeindeverbänden erhoben und wie sie verteilt werden soll. Die Beteiligung der Länder und Gemeinden an dem Aufkommen von Reichssteuern soll in dem Sinne neu geregelt werden, daß ihnen größere Anteile zugewiesen werden. So sollen ihnen aus den Erträgen der Körperschaftssteuer der Erwerbsgesellschaften, die von 10 auf 30 Proz. erhöht wird, zwei Drittel mit 2,66 Milliarden, also 1,96 Milliarden mehr als bisher zufallen. Infolge der Steigerung und Erweiterung der Reichsumsatzsteuer dürften ihnen in Zukunft 2,45 Milliarden, etwa 1,55 Milliarden mehr als bisher, zufließen. Nach den neuen Bestimmungen für die Kraftfahrzeugsteuer können die Länder ferner auf eine Einnahme von 62,5 Millionen rechnen. Auch aus der Rennwett- und Gewerbeanschaffungssteuer werden die Länder beträchtliche Mehrerträge vereinnahmen. Im ganzen werden die Länder an den Reichssteuern für 1922 mit rund 22,5 Milliarden beteiligt sein.

Die vorliegende Steuernovelle will den Gemeinden noch in einer anderen Beziehung eine Erleichterung gewähren, indem sie die Landesgesetzgebung ermächtigt, die Anteile an der Umsatzsteuer, die nach dem Reichsrecht ausschließlich auf die Sitzgemeinden entfallen, auf die beteiligten Sitz- und Belegenheitsgemeinden in angemessener Weise zu verteilen. Bisher sind alle Gemeinden, in denen das einzelne Unternehmen nur eine Betriebsstätte unterhält, von der Mitbeteiligung an der Umsatzsteuer ausgeschlossen, was für die geschädigten Gemeinden natürlich sehr verdrießlich ist. Die weiteren in Aussicht genommenen Abänderungen des Landessteuergesetzes betreffen ferner die Verteilungsvorschriftn, nach denen den Ländern und Gemeinden die ihnen gebührenden Anteile vom Reich zugewiesen werden. Daß die Abrechnung prompt und rechtzeitig erfolgt, ist die elementare Voraussetzung für die Erfüllung der Obliegenheiten seitens der Anteilempfänger.

Grillparzer 50 Jahre nach seinem Tode.

Zum 21. Januar.

Tage, an denen man nach dem Ablauf eines runden Zeitabschnitts der Geburt oder des Hingangs eines schaffenden Künstlers gedenkt, sind nicht nur Gelegenheiten zur Huldigung, sondern auch zur Prüfung. Wieder wird das Verhältnis des Künstlers zur Welt zur Debatte gestellt, der veränderte Abstand überschaut, um zu ermessen, wie sich das Bild des Schaffenden in unserer Seele darstellt, um daraus zu schließen, wie wir uns gewandelt haben.

Grillparzer hat die Frage, ob der Künstler neben der Gnade, das Werk gestalten zu dürfen, noch andere Gaben vom Leben verlangen könne, in einem seiner ersten Werke mit einem tragischen Nein beantwortet. Das Schicksal hat ihm recht gegeben. Es hat dem Sohn des einst wohlhabenden, doch in Not früh gestorbenen Advokaten und der durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Mutter ein kümmerliches Beamtendasein mit ewig gleichen Alltagen und den Bitterkeiten des Uebergangenwerdens beschert und ihm das Glück des Heims und der Ehe versagt. Den Ruhm, dessen Glanz doch Sapphos Liebestod umstrahlt, hat es ihm in seltsam bemessenen Dosen zugeteilt. Der Beifall der Menge brach rauschend aus, als der junge Dichter mit seinem ersten an die Oeffentlichkeit gebrachten Werk, der „Ahnfrau", hervortrat, nicht ohne daß der Gefeierte dabei den bittern Tropfen kosten mußte, um einiger Konzessionen an die Bühne willen, die das Wesen des Ganzen nicht berührten, zu der von ihm verachteten Sippe der Schicksalsdramatiker gezählt zu werden. Der Erfolg blieb auch noch der „Sappho" treu, aber er entschwand plötzlich, als Grillparzer in dem großen, anspruchsvollen Werk „Das goldene Vlies" sein Bestes gegeben zu haben glaubte. Es gelang ihm nicht mehr, ihn zu sich herzuzwingen; das reine Liebesdrama „Des Meeres und der Liebe Wellen" und das graziöse Lustspiel „Weh dem, der lügt" wurden gleich kühl aufgenommen. Die historischen Tragödien „König Ottokars Glück und Ende" und „Ein treuer Diener seines Herrn" stießen sogar auf höfische Bedenken. So zog sich der Dichter auf der Höhe seiner Schaffenskraft in immer tiefere Einsamkeit zurück. Erst als nach 1848 im politischen Leben und durch Heinrich Laube auch am Wiener Hofburgtheater eine frischere Luft zu wehen begann, traten Grillparzers Werke aufs neue in das Licht der Bühne. Der Erfolg war groß, und die Anerkennung der dichterischen Bedeutung Grillparzers steigerte sich immer mehr. Aber für ihn selbst, der sich den 60 näherte, war es zu spät. Er konnte es nicht verwinden, daß er, wie er sich in einem Verse ausdrückt, mit seiner eigenen Leiche hatte gehen müssen; alle Ehren, die ihm zuteil wurden, und die ihn besonders zu seinem 80. Geburtstag das Erlittene vergessen zu lassen suchten, fanden nur noch einen bitter und wehmütig lächelnden Greis. In der verschlossenen Schublade des Toten entdeckte man unbekannte Werke von höchster Bedeutung: „Die Jüdin von Toledo", „Libussa", und den „Bruderzwist im Hause Habsburg", die er der Veröffentlichung oder deren er die Oeffentlichkeit nicht wert gehalten hatte.

Woher dies eigenartige Dichterschicksal? War es wirklich nur die trübe Luft des Metternichschen Wien, in der Grillparzers dichterischer Stern nicht strahlen konnte? Hätte er in einer anderen Umwelt, gefeiert und umjubelt, auf Sapphos Wagen gestanden? Liegt es nicht doch zuletzt am Dichter und seinem Werk? Es ist kein Zweifel, daß Grillparzer im Glück des Schaffens keinen wirklichen Frieden gefunden hat, und daß seine leidenschaftliche Natur vergebens um das „einfache Herz" gerungen hat, das er seine Gestalten sich erbitten läßt. Es ist die letzte innere Harmonie, die manchmal in seinen Werken zu fehlen scheint, und die ihn oft um den dauernden Erfolg betrogen haben muß. Auf das Volk konnte er weder mit der heißen Männlichkeit Schillers noch mit der tiefen Menschlichkeit Goethes wirken. So ist es seltsam zu beobachten, wie von seinen Bewunderern — und kaum einer entzieht sich dem gewaltigen Eindruck seines hohen Könnens und seiner reinen und edlen Formkraft — dieser dem einen, jener dem anderen unter seinen Werken ihre Gunst zuwenden. Große Bühnenkünstler haben einzelne von ihm geschaffene Rollen dauernd mit ihrem Namen verbunden. Aber auch die neueste Entwicklung unserer Bühnenkunst hat trotz manchem Versuch keines seiner Werke zu einem rechten, stetigen Leben auf dem Theater bringen können. Die kristallene Klarheit gerade seiner klassizistischen Dramen ist immer etwas blaß und dünn geblieben. Der ästhetisch Wertende wird bei dem spröden Dichter freilich überall des Imponierenden und Ergreifenden genug finden. Aber es ist kaum zweifelhaft, daß Grillparzer auch 50 Jahre nach seinem Tode der Beifall der Menge nicht treuer sein wird, als er es zu seinen Lebzeiten gewesen.

H. T.

Im Ausstattungsatelier des Staatstheaters. Große Bühnen, wie die Berliner Staatstheater, haben ihr eigenes Atelier, das eine besondere und interessante Welt für sich bildet. In der neuen Halbmonatsschrift „Das Interview" findet sich auch eine Unterredung mit dem Herrscher in diesem Reich, dem künstlerischen Leiter des Ausstattungswesens an den Berliner Staatstheatern, Emil Pirohan, und wir erhalten dabei zugleich ein Stimmungsbild von dieser „Werkstätte der Kulissen". „Von seinem Atelier aus", heißt es da, „sieht man auf das älteste Berlin; die Kuppeln vom Schloß, Dom, Kaiser-Friedrich-Museum erheben sich über einem Gewirr von grauen Häusern. Dicht vorbei die Stadtbahn, aber ihr Geräusch stört die Großstädterohren kaum noch. . . Wir gehen durch die großen Ateliers, in denen alte bemalte Leinwand zunächst ausgewaschen, dann wieder gespannt und bemalt wird; sie macht die merkwürdigsten Wandlungen durch; je nach Bedarf wird sie zu Samt oder auch Seide — gemacht. Aus den Vorräten an alten Kostümen — es handelt sich um viele Tausende — werden neue verfertigt. Wer kann all diese Arbeit richtig einschätzen? Die Theater haben eine eigene Tischlerei, denn die nötigen Möbel müssen stabil sein. An jedem Morgen bringen die großen Wagen die Dekoration vom vorangegangenen Abend in das Lagerhaus zurück, wo jedes Stück seine eigenen Räume hat. Die für denselben Tag nötigen Dekorationen werden ins Theater gebracht und dort probeweise aufgebaut; bei der letzten Szene wird angefangen, so daß die erste für die Vorstellung auf der Bühne bleiben kann. Für das Ein- und Ausladen sind große Aufzüge im Materialienhaus eingebaut."

Rußland bedroht die europäische Gesundheit! Dem Gesundheitskomitee des Völkerbundes ist von Dr. Norman White und Dr. L. Rajchmann ein Bericht über die russischen Gesundheitsverhältnisse erstattet worden, der in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" wiedergegeben wird. Entgegen vielfachen Meldungen wird hier festgestellt, daß im europäischen Rußland kein Fall von Pest vorgekommen ist. Die Cholera, die in den Hungergebieten im Sommer schrecklich hauste, ist unerwartet und plötzlich verschwunden. Am Flecktyphus erkrankten 1919 über 2 Millionen und 1920 fast 3 Millionen. Diese offiziellen Zahlen dürften aber viel zu gering sein, so daß man annehmen kann, die Zahl der am Flecktyphus Erkrankten habe in den letzten zwei Jahren weit über 20 Millionen betrogen. Noch mehr Menschen als am Flecktyphus erkrankten am Rekurrenz-Fieber, das aber geringe Sterblichkeit hervorrief. Pocken sind weit verbreitet, doch nimmt die Zahl der Geimpften ständig zu; Malaria trat im Wolgagebiet und merkwürdigerweise auch in Archangel in sehr schwerer Form auf.

Die gesundheitlichen Verhältnisse sind nach einem andern Bericht während der letzten zwei Monate erheblich schlechter geworden. Der auf Polen sich ergießende Auswandererstrom hat die polnische sanitäre Absperrung erschüttert und eine Zunahme des Typhus herbeigeführt, der sich jetzt gegen Westen ausbreitet. Von Völkerbundseite aus ist den polnischen Gesundheitsbehörden vorgeschlagen worden, mit den entsprechenden russischen Stellen ein Uebereinkommen abzuschließen, um das sanitäre Problem als ein Ganzes und die Seuchenzone zu beiden Seiten der Grenze als Einheit zu behandeln. Es besteht die dringende Notwendigkeit, den Kampf gegen Typhus, Dysenterie und Cholera energisch vorzubereiten, denn es ist zu erwarten, daß etwa 700 000 russische Flüchtlinge im nächsten Frühjahr an den Grenzen Polens und der baltischen Staaten erscheinen werden. Die Regierungen Rußlands und Polens sind jedoch nicht in der Lage, diesen Kampf wirksam durchzuführen, wenn sie nicht vom Völkerbund unterstützt werden.

Mammutfunde in Deutschland. Viel Aufsehen hat soeben der Petersburger Bericht über die in den vereisten Tundren des nördlichsten Ostsibiriens aufgefundenen, fast völlig erhaltenen Mammutkadaver erregt. Wer näher mit der Kenntnis dieser fossilen Elefanten vertraut ist, weiß, daß ein solcher Fund bereits 1799—1806 in Sibirien am Ufer der Lena gemacht wurde, und daß dessen Knochengerüst später nach Petersburg kam. 1901 glückte in Sibirien (in Beresowka) ein neuer Fund; das Fleisch dieses im Eise durch Jahrhunderte konservierten Mammuts war noch so gut, daß die Hunde es fraßen und sogar noch eine Serumdiagnose des Blutes möglich war. In Deutschland wurden besonders drei wichtige Mammutfunde gemacht: in Ahla in der Nähe von Minden, in Steinheim bei Stuttgart und in Borna bei Leipzig. Jedoch handelt

Furcht vor einer Einigung.

Die Kommunisten der „Roten Fahne" bemuttern die USP. in einer Weise, die einfach köstlich ist. Die USP.-Führer werden allerdings genau so bevormundet, wie alle andern, die nicht KPD.-Führer sind und keine Heldentaten wie den Märzputsch aufzuweisen haben. Die USP.-Arbeiter dagegen werden gemahnt und gewarnt, nur ja auf ihre Grundsätze zu achten, als ob es die kommunistischen Grundsätze der Zentralleitung seien. Die edlen Schwärmer für die „Einheitsfront" haben große Furcht vor einer Annäherung der USPD. an die SPD., weshalb sie alles daransetzen, diese zu hintertreiben. Obwohl sachlich ziemlich belanglos, ist es doch nicht uninteressant, zu sehen, wie sich die „Rote Fahne" um die Anhänger einer Partei bemüht, der sie nachsagt, daß bei deren Politik Grundsätze und Praxis in unversöhnlichem Widerspruch zu einander stehen.

Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat.

Im Reichstagsausschuß für Sozialpolitik wurde am Freitag der Gesetzentwurf über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat behandelt. Auf die Ausführungen des Abg. **Aufhäuser** (U. Soz.), daß einzelne Firmen, insbesondere Gesellschaften mit beschränkter Haftung, schon jetzt das noch nicht in Kraft getretene Gesetz zu umgehen suchen, indem sie ihrem Aufsichtsrat einen anderen Namen geben, erklärte Ministerialdirektor Dr. Ritter, daß das Betriebsrätegesetz nur für die Unternehmungen eine Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vorsieht, für die ein Aufsichtsrat auch tatsächlich besteht. Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind aber zur Bildung von Aufsichtsräten gesetzlich nicht verpflichtet. Wo also kein Aufsichtsrat besteht, können auch keine Betriebsratsmitglieder in ihn entsandt werden. Besteht jedoch ein Aufsichtsrat, so kommt es nicht auf seinen Namen an, sondern lediglich, ob dieses Aufsichtsorgan Aufsichtsratsfunktionen erfüllt. — Abg. **Hoch** (Soz.) hielt trotz der Ausführungen des Regierungsvertreters die Gesetzesfassung für unglücklich und beantragte eine deutliche Formulierung des § 1, der die Regierung nachkommen will. Die §§ 2 und 3, wonach die Anwendung der gleichen gesetzlichen Bestimmungen auf beide Arten von Aufsichtsratsmitgliedern an ihrer verschiedenen Herkunft notwendigerweise ihre Grenze findet, fanden Annahme. — Zu § 5, der im Hinblick auf die Bedeutung der Stellung als Aufsichtsratsmitglied die gebotenen Wählbarkeitsbeschränkungen behandelt, wurde vom Ausschuß beschlossen, alle nicht bereits im Betriebsrätegesetz vorgesehenen Beschränkungen fallen zu lassen. — Zu § 6, der die in der Minderheit befindlichen Arbeitnehmergruppen gegen Majorisierung durch die gemeinsame Wahl schützt, wurde ein Antrag des Abg. **Giebel** (Soz.) vom Ausschuß angenommen, wonach die Minderheit der Arbeitnehmergruppen, sofern ihr mindestens zwei Mitglieder des Wahlkörpers angehören, mit Stimmenmehrheit oder Stimmengleichheit die Entsendung eines Vertreters ihrer Gruppen beschließen kann. — Im übrigen wurde der Gesetzentwurf angenommen, er soll mit dem 1. Februar 1922 in Kraft treten.

Schließlich beantragten die Sozialdemokraten den Zusatz zum Betriebsrätegesetz:

„Bei den bergrechtlichen Gewerkschaften, für die ein Aufsichtsrat nicht besteht, werden ein oder zwei Betriebsmitglieder in den Grubenvorstand entsandt, für die im übrigen die Bestimmungen des Gesetzes gelten."

Der Antrag wird in einigen Tagen beraten werden.

Ist der Frühling jüdisch oder christlich? Mit dieser schwierigen Frage muß sich die „Deutsche Zeitung" beschäftigen. Sie hat nämlich in einer Zusammenstellung „rassechter" Judennamen, die sie irgendwo zusammengesucht hat, auch den Namen Frühling mit aufgezählt. Darob beschwert sich ein Oberst a. D. Frühling und weist seinen christlichen Stammbaum zurückgehend bis auf das Jahr 1608 nach. Ein Bruder des Herrn ist sogar Generalmajor — na also! Die „Deutsche Zeitung" aber entschuldigt mit vielen Bücklingen ihren Fehltritt. — Der ganze Streit ist charakteristisch für das geistige Niveau der antisemitischen Propaganda.

Ueber 500 Artikel dürfte der vor dem Abschluß stehende Oberschlesienvertrag zwischen Deutschland und Polen haben.

Für Deutschland optiert haben 4505 Bewohner des jetzt tschechoslowakischen Hultschiner Ländchens.

Das deutsche Botschaftsgebäude in Washington ist für seinen Zweck wieder freigegeben worden.

es sich nur um Teile von Mammutskeleten, vollständige Skelette vom Mammut sind bei uns trotz der Häufigkeit seines Vorkommens (besonders in Norddeutschland) noch nicht gemacht worden. Dagegen wurden Stoß- und Backenzähne dieses gigantischen Tieres, das größer war als der indische Elefant, an vielen Stellen gefunden, besonders auch in den Urstromtälern der norddeutschen Tiefebene. Auch in Süddeutschland sind in neuerer Zeit bemerkenswerte Funde gemacht. Bei Brieg a. d. Oder fand man einen Backenzahn, der 5 Pfund wog. Viel Aufsehen machte im August 1913 die mühevolle Freilegung eines Mammutskeletts in Breslau, wo es in einer Tiefe von mehr als 4 Meter bei Kanalarbeiten aufgefunden wurde. In Deutschland hat das riesenhafte Tier in der letzten Zwischeneiszeit und noch der letzten Eiszeit gelebt, wahrscheinlich zeitlich zusammen mit dem Moschusochsen, der später in die Polargebiete abgewandert ist, wo er heute noch lebt.

Der Sprachunterricht in den höheren Lehranstalten. Im Reichstagsausschuß für das Bildungswesen wurde der Antrag angenommen: „Die Reichsregierung zu ersuchen, mit den Ländern darüber zu verhandeln, daß in den höheren Lehranstalten die Sprache der Nachbarländer gepflegt wird und der Pflege der spanischen Sprache in den höheren Lehranstalten besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Eroberung der Beaufortsee. Als Vorhut einer neuen Nordpolarexpedition des kühnen Kanadiers Stefansson hat eine kleine Gruppe von Leuten im letzten Herbst auf der Wrangell-Insel Quartier bezogen, die etwa 200 Kilometer von der Nordostküste Sibiriens im Eismeer liegt. Diese selbst erst ganz wenig bekannte Insel soll sozusagen ein Ausfallsor für die Eroberung der noch fast unbekannten Beaufortsee, des großen weißen Fleckes, der sich auf unseren Polarkarten von der Nordküste Alaskas bis zum Nordpol erstreckt. Und wie soll die Eroberung dieser Eis- und Wasserwüste vor sich gehen? Eine Anzahl kleiner Trupps wagemutiger Männer soll, mit geringen Eßvorräten, aber wohl ausgerüstet mit Jagdzeug, getrennt voneinander auf die mit Eis bedeckte Meeresfläche hinausziehen und auf ihr nordwärts wandern. Ihren Lebensunterhalt soll jede Gruppe durch Seehundjagd sich selbst gewinnen. Indem die ganze Reisegesellschaft in getrennt marschierende Einzeltrupps aufgelöst wird, ist die Wahrscheinlichkeit der Gewinnung der nötigen Nahrungsmenge vergrößert, außerdem wird dadurch die Breite des durchwanderten Gebietes viel größer und damit auch die Aussicht, daß Inseln, die dieser noch unbekannte Teil der Arktis birgt, nicht übersehen werden. Die Mitnahme eines Schiffes wird ganz vermieden und damit die Unabhängigkeit der Bewegungen viel größer als bei der sonst üblichen Form der Polarreisen, freilich auch das Maß der Anstrengungen und Entbehrungen, das die Teilnehmer freiwillig auf sich nehmen.

Spielplanänderung. Im Opernhause wird Sonnabend wegen anhaltender Erkrankung des Herrn Kirchner statt „Die Vögel" „Madame Butterfly" gegeben.

Der Erfinder der Automobile gestorben. In Rochester (New York) starb dieser Tage Elwood Baldwin Selden, der Erfinder des ersten benzinbetriebenen Kraftwagens.

Die Dorpater Universitätsbibliothek, die nach dem Friedensvertrag von Estland an Rußland auszuliefern war, ist nach Moskau gebracht worden.

Die Finanzsorgen der Gemeinden.

Im Reichstag wurden am Freitag vorerst kleine Anfragen erledigt. Dem Abg. Dr. Moses (U. Soz.) antwortet ein Regierungsvertreter, daß die kommissarischen Beratungen mit den Ländern wegen reichsgesetzlicher Regelung des Apothekenwesens noch nicht abgeschlossen sind. Eine Anfrage Frau Pfülf (Soz.) beschäftigt sich mit der

Notlage der unehelichen Kinder.

Die Abfindungsverträge in der Zeit vor der Geldentwertung um 3000—10 000 M. haben viele uneheliche Kinder und ihre Mütter in schwerste Notlage gebracht. Viele dieser Kinder fallen heute der öffentlichen Fürsorge zur Last. Die Amtsgerichte sind sich vielfach nicht klar, ob eine Zusatzrente zulässig ist. Die Anfrage verlangt ein Notgesetz, welches durch Aenderung des § 1714 des BGB. die Rechtsverpflichtung des unehelichen Vaters zur Zahlung einer Zusatzrente festgelegt. — Ein Regierungsvertreter erklärt, es liege im Wesen des Abfindungsvertrages, daß durch die Gewährung der Abfindung alle Ansprüche, die von dem Abgefundenen gegen den anderen Teil auf Grund des bestimmten Rechtsverhältnisses geltend gemacht werden könnten, endgültig zum Erlöschen gebracht werden. Von diesem Gesichtspunkt aus hat die überwiegende Mehrzahl der Gerichte die Ansprüche unehelicher Kinder auf Ergänzung des gewährten Abfindungsvertrages für unbegründet erklärt. Wenn einzelne Gerichte trotzdem sich der gegenteiligen Auffassung angeschlossen haben, so ist das ein Beweis dessen, daß man die Härten ausgleichen wollte. Das Reichsjustizministerium erkennt an, daß die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse besondere Nachteile im Gefolge haben kann. Der Abschluß der Vorbereitungen in dieser Angelegenheit wird mit aller Beschleunigung betrieben.

Abg. Merkel (U. Soz.) verlangt in einer Anfrage Reichsentschädigungen der beim Kapp-Putsch verletzten Arbeiter bzw. der Familien der getöteten Arbeiter. Die Regierung antwortet, daß sie auf die Rechtsprechung der Tumultschädenausschüsse keinen Einfluß habe.

Ueber den Stand des Verfahrens zur

Ermittlung der Mörder Erzbergers

erhält der deutschnationale Abg. v. Gallwitz folgende Auskunft: Die Voruntersuchung gegen den Hauptmann Schulz und den Oberleutnant Tillessen schwebt. Kapitänleutnant v. Killinger, der den Tätern Beistand geleistet haben soll, befindet sich in Untersuchungshaft. In München wurde eine aus ehemaligen Offizieren der Marinebrigade Ehrhardt bestehende **Geheimorganisation** festgestellt; Schulz, Tillessen und Killinger gehörten ihrer Oberleitung an. Für die Beteiligung dieser Organisation an der Ermordung Erzbergers sind nicht genügend Anhaltspunkte vorhanden. Das Verfahren wegen Geheimbündelei ist eingeleitet. Genaueres über das Ergebnis der Verfahren kann zurzeit nicht mitgeteilt werden, da dadurch der Untersuchungszweck gefährdet würde.

Dem Abg. **Girbig** (Soz) wird erwidert, das Reichsministerium des Innern werde für eine ordnungsmäßige Prüfung der Fiebertthermometer sorgen. Die Frist, die das neue Gesetz über diesen Prüfungszwang vorsieht, sei verlängert worden.

Der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes wird dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Hierauf wird die Besprechung der demokratischen Interpellation über

die Finanznot der Gemeinden

fortgesetzt.

Abg. **Henke** (U. Soz.) sagt u. a.: Ohne die französische Revolution hätten auch Stein und Hardenberg keine Selbstverwaltung geschaffen. Und ohne die deutsche Revolution wäre das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ein Messer ohne Heft und Klinge geblieben. Wer den Gemeinden helfen will, muß dem Reich helfen. Wo bleibt aber da der gute Wille der bürgerlichen Parteien, wo bleibt die Erfassung der Sachwerte?

Reichsfinanzminister **Hermes:** Die Reichsregierung hat alles getan, was sie tun konnte, um die Leistungsfähigkeit der Gemeinden zu erhalten. Das beweisen die Beträge, die bereits vom Reich an die Länder weitergegangen sind. Es geht nicht an, daß die Gemeinden für Mindereinnahmen, die ihnen aus gesetzgeberischen Maßnahmen des Reiches erwachsen, Entschädigung verlangen und auf der anderen Seite die Mehreinnahme aus den Steuerüberweisungen beanspruchen. Die Umsatzsteuer hat 1921 das Doppelte des Voranschlags gebracht, 10 Milliarden statt 4,5 Milliarden. Für 1922 werden mindestens 24 Milliarden erwartet. Davon bleiben für die Gemeinden 1921 mindestens 250 Millionen, für 1922 mindestens eine Milliarde. Die Stadt

Berlin schuldet dem Reich schon mehr als eine halbe Milliarde

an Steuern, die sie für das Reich eingezogen hat. Für seine Vorschußzahlungen muß das Reich Richtlinien aufstellen. Das System der Zuschüsse ist auf die Dauer nicht erträglich. Außerpolitische Gründe zwingen dazu, daß die Finanzhoheit des Reiches nicht allzuweitgehend von den Ländern und Gemeinden ausgeübt wird. Die Gemeinden mögen sich in der Not der Zeit bescheiden und bemühen, zusammen mit Reich und Ländern das Unglück zu meistern, das uns ein hartes Geschick zugedacht hat.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Minister Hermes hat davon gesprochen, daß das Reich an der Finanznot der Gemeinden keine Schuld trifft. Alle Redner waren sich darüber einig, daß die Lage der Gemeinden so trostlos ist, daß unbedingt etwas getan werden muß. Ich frage den Minister: Wer hat denn die Gemeinden zu Stipendiaten des Reiches gemacht, wer hat ihnen die einträglichen Steuerquellen genommen? Doch nur das Reich! Dann hat der Minister erklärt, Hilfe müßten in erster Linie die Länder leisten, denn sie seien dazu berufen. Aber die Länder sind doch ebenfalls größtenteils Stipendiaten des Reichs. Die bisherige Regelung der Zuschüsse des Reiches an die Gemeinden ist so unvollkommen, daß jetzt die Gemeinden mit einer Summe nicht mehr wirtschaften können, die 1919 festgesetzt wurde. Das Reich selbst hat sich gescheut, oder sagen wir geschämt, die Mindesteinkommen zur Besteuerung heranzuziehen und hat sie den Gemeinden zur Besteuerung überlassen. Da aber die Gemeinde selbst die geringsten Einkommen besteuerten und besteuern mußten, annulliert das Reich diese Besteuerung! Wenn Sie uns im Augenblick kein Geld überweisen können, so sorgen Sie wenigstens dafür, daß die Gemeinden nicht mehr belastet werden, z. B. durch Versetzungen von Beamten und Mehreinstellung von Schutzpolizei. In diesen Fällen zwingt man die Gemeinden, Geld für Wohnungsbauten flüssig zu machen, für die eigentlich das Reich aufzukommen hat. Die Gemeinden sind die beste Hoffnung des Reiches, sie sind die Zellen des Reiches, und wenn sie gedeihen werden das Reich und die Länder auch gedeihen. (Beifall.)

Nach einer Rede Kochs (Dem.) ist damit die Interpellation erledigt. Der Gesetzentwurf betreffs Kürzung der Ruhegehälter und Wartegelder sowie der Nebenbezüge bei Versorgungsberechtigten, die ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reich- oder Staatsdienstes beziehen (Pensionskürzungsgesetz), geht an den Hauptausschuß. Der Abänderungsgesetzentwurf betreffs die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten geht an den Wohnungsausschuß.

Sonnabend 1 Uhr: Gesetz über den Kassenbestand der Reichsbank, Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, deutschnationale Interpellation über die Wirtschaftslage Ostpreußens, demokratische Interpellation über Paßerleichterung gegenüber Deutschösterreich.

Schluß gegen 6 Uhr.

Preußische Gesetzgebung.

Der Preußische Landtag beriet am Freitag zunächst den Gesetzentwurf betr. Reisekosten und Aufwandsentschädigung für den Staatsrat. Abgelehnt wird ein Antrag Siering (Soz.) auf Streichung des § 4 (besondere jährliche Aufwandsentschädigung von 12 000 M. für den Präsidenten) in namentlicher Abstimmung mit 157 gegen 103 Stimmen. Im übrigen wird der Gesetzentwurf in der Ausschußfassung in zweiter Lesung angenommen.

Vor Eintritt in die dritte Beratung beantragt

Abg. **Heilmann** (Soz.) Zurückverweisung an den Verfassungsausschuß, um zu prüfen, ob nicht der Gesetzentwurf Verfassungsänderungen enthalte, die bei den Abstimmungen qualifizierte Mehrheiten erforderten. Nach einem Gutachten des Justizministers sei die Bewilligung der Freifahrt für die Staatsratsmitglieder als Verfassungsänderung zu bewerten.

Die Zurückverweisung wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen.

Bei der Beratung der Notverordnung vom 30. Juli 1921 zur Sicherung einer geordneten

Verwaltung Berlins

(Amtsmüdigkeit des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bis zu ihrer Neuwahl) drückt

Abg. Dr. **Weyl** (U. Soz.) sein Erstaunen darüber aus, daß die Zustimmung des Landtages erst jetzt, lange nach den Stadtverordnetenwahlen eingeholt werde.

Das Haus stimmt der Notverordnung zu.

Nach Erledigung einer Reihe kleiner Vorlagen wird

das Hebammengesetz

weiterberaten.

Abg. Frau **Pöhlmann** (D. Vp.): In einem Fachblatte ist behauptet worden, daß Frau Ege für die Vertretung ihrer radikalen Forderungen 20 000 M. erhalten hat. Zu meinem Erstaunen hat Frau Ege bisher hierzu geschwiegen. (Großer Lärm bei den Soz.)

Abg. Frau **Ege** (Soz.) weist die Angriffe der Abg. Frau Pöhlmann (D. Vp.) energisch zurück und wundert sich, daß eine Frau, die stolz auf ihre Bildung ist, sich zu derartigen Dingen hergibt.

Abg. Frau **Pöhlmann** (D. Vp.) bleibt bei ihren Behauptungen.

Die Vorlage wird dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Angenommen wird in erster und zweiter Beratung der Entwurf zur Aufbesserung des Diensteinkommens der katholischen Pfarrer.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages Siering (Soz.) auf Annahme eines Gesetzes zur Aenderung des Staatsschuldenverwaltungsgesetzes; danach sollen der Staatsschuldenkommission zehn Landtagsabgeordnete und der Präsident der Oberrechnungskammer angehören. Ein Ausschußantrag will zwei Mitglieder des Staatsrates hineinnehmen.

Abg. **Neumann**-Ostpreußen (Soz.) verlangt die Wiederherstellung der ursprünglichen Fassung. Die Hinzunahme von Staatsratsmitgliedern würde die Rechte des Staatsrates ungebührlich erweitern und wäre wahrscheinlich verfassungswidrig.

Unter Ablehnung der Abänderungsanträge wird die Ausschußfassung gegen die sozialistischen Parteien angenommen. Bei der Schlußabstimmung der dritten Beratung, die auf sozialdemokratischen Antrag namentlich ist, stellt sich die Beschlußunfähigkeit heraus. Die nächste Sitzung wird für sofort angesetzt unter Ablehnung der namentlichen Abstimmung.

Eine Anzahl Ersuchen um Genehmigung von Strafverfahren gegen Abgeordnete werden abgelehnt.

Bei Festsetzung der Tagesordnung für Sonnabend wird ein Antrag Leid (U. Soz.), die in Aussicht genommenen Strafverfolgungssachen gegen kommunistische Abgeordnete von der Tagesordnung abzusetzen, gegen die sozialistischen Parteien abgelehnt.

Sonnabend 12 Uhr: Diätenverlust für ausgeschlossene Abgeordnete, Strafverfolgungssachen, Anträge und Anfragen über die Verhältnisse in den besetzten und abgetretenen Gebieten. Schluß ½6 Uhr.

Preußischer Staatsrat.

In der Sitzung am Freitag wurde zunächst der Haushaltsplan für 1922 beraten. Beim Bergetat führte Genosse Mehlich-Dortmund aus: In den Staatsbetrieben müssen Angestellte und Arbeiter verständnisvoll zusammenarbeiten; dann werden auch diese Betriebe rentabel.

In einer Beamtendebatte sagte Genosse Meerfeld: Innerlich ist die Rechte sicherlich nicht für die freie Auswahl der politischen Beamten. Sie wünschte doch, daß immer noch diese Stellen den ehemaligen Korpsstudenten vorbehalten werden. Die politischen Beamten müssen unbedingt das Vertrauen der großen Masse genießen, denen sie Führer sein müssen. Volksgunst ist immer noch besser als Hofgunst.

In der Sitzung wurde eine Reihe Etats erledigt.

Neuregelung der Ortszuschläge.

Berlin, 20. Januar. (TU.) Nachdem die letzte Regelung der Beamtengehälter sowie der Ortsklasseneinteilung weiteste Kreise der Beamtenschaft keineswegs befriedigt hat, trägt man sich jetzt mit dem Gedanken einer abermaligen Umgestaltung der Beamtenbezüge. Der Plan geht dahin, unter Beibehaltung der jetzt bestehenden Grundgehälter und Ortsklassen, die Zahl der Stufen innerhalb der einzelnen Ortsklassen von sieben auf drei herabzusetzen, und die Zuschläge so zu gestalten, daß sie sich beispielsweise für die Ortsklasse A zwischen 9000 und 12 000 M. bewegen. Durch diese Neuregelung der Ortszuschläge, die eine wesentliche Besserstellung der unteren und mittleren Beamten bedeuten würde, hofft man zugleich dem Wunsch dieser Beamtengruppen auf Verringerung der Spannung zwischen ihren Gehältern und denen der höheren Beamten Rechnung zu tragen.

Berlin, 20. Januar. (TU.) Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten wurde die Beratung des Gesetzentwurfes über die Beamtenvertretung heute fortgesetzt. Zur Debatte stand § 6, der das Wahlrecht allen mindestens 20 Jahre alten Beamten zuspricht, während die Abgeordneten Schuldt (Dem.) und Steinkopf (Soz.) beantragten, es allen mindestens 18 Jahre alten Beamten zuzuerkennen. Die Abstimmung wurde noch ausgesetzt.

Arbeitsamt und Wirtschaftskonferenz.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beauftragte Albert Thomas dem Obersten Rat folgende Mitteilungen zu machen:

1. Das Arbeitsamt ist bereit, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern und ihr seine Erfahrungen und seine Erhebungen über Arbeiter- und Industriefragen zur Verfügung zu stellen. 2. Der Verwaltungsrat beschließt, um der Konferenz von Genua die wirksamste Mithilfe zu bieten, daß zwei Vertreter der drei Gruppen des Verwaltungsrates, also der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sowie der Direktor des Arbeitsamtes sich zum Zwecke vollster Mitarbeit der Konferenz zur Verfügung stellen.

Dieser Beschluß geht, wie die Resolution des Verwaltungsrates näher ausführt, auf eine von der Internationalen Arbeitskonferenz 1921 angenommene Entschließung zurück, wonach eine Konferenz zum Studium der internationalen Lösung der Arbeitslosenkrise einberufen werden sollte. Da die Konferenz von Genua zum größten Teil denselben Zielen dient und der wirtschaftliche Wiederaufbau, den sie anstrebt, die Arbeitslosenfrage einbegreift, hielt der Verwaltungsrat ein Zusammengehen mit der Konferenz für angezeigt.

Moskau und die Einheitsfront.

Die Moskauer haben mit ihrer „Zellenbildung" und mit den bekannten „21 Bedingungen" sicher manchen „Erfolg" errungen, aber doch scheinen sie heute selbst nicht mehr an die Wirksamkeit dieser Dinge zu glauben. Sie suchen nach neuen Schlagworten, die ihnen helfen sollen, die Massen um ihr Irrlicht zu bannen. So sind sie — wie jede Nummer der „Roten Fahne" zeigt — auf die Idee gekommen, nach der Zertrümmerung der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland und fast allen übrigen europäischen Ländern die „Einheitsfront" zu fordern. Der „Einheitsfront" zuliebe mußte die europäische Arbeiterbewegung erst auf Moskaus Gebot zertrümmert werden. Zum Glück aber sind die Moskauer Diktatoren schlechte Spieler. Sie geben immer Gelegenheit, in ihre Karten zu sehen und dabei erkennt man sofort ihre grenzenlose Heuchelei. Dafür ein Beispiel, daß der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) mitteilt:

Am 24. Dezember 1921 sollte auf einem Kongreß der kommunistischen Minderheit

der französische Gewerkschaftsbund zerstückelt

werden. Wir haben unsere Leser über den Verlauf dieser Tagung unterrichtet und sie auch bekanntgemacht mit dem Telegrammwechsel zwischen Losowsky, dem russischen Gewerkschaftsstrategen, und dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Sachen dieses Kongresses. Nach der Absendung der Antwort auf das Moskauer Telegramm am 16. Dezember erhielt der Amsterdamer Gewerkschaftsbund den Text von Losowskys Telegramm noch einmal in einem eingeschriebenen Brief, welcher bereits am 6. Dezember in Moskau abgeschickt worden war. Daraus geht hervor, daß sich Herr Losowsky und seine Trabanten bereits anfangs Dezember über die der französischen Gewerkschaftsbewegung drohende Gefahr klar waren und uns deshalb baten, im Laufe des Monats Januar eine Konferenz abzuhalten. Wenn sie in der Tat die geplante Zerstörung der Einheit in Frankreich so fürchten, so wäre es ihnen natürlich nicht schwer gefallen, schon zu Beginn des Monats Dezember ihre französischen Genossen zu ersuchen, den für die Spaltung entscheidenden Kongreß nicht abzuhalten. Das taten jedoch die Herren nicht. Hingegen sandten sie uns ein Telegramm, in welchem sie uns ersuchten, nach diesem Spaltungskongreß eine Zusammenkunft abzuhalten und dann ruhig über die für Frankreich notwendige Einheit zu plaudern.

Noch besser aber wird der Fall durch den Umstand charakterisiert, daß, als Losowsky sich mit dem Gesuch einer gemeinsamen Besprechung an uns wandte, er einen Artikel veröffentlichte, dessen Schluß außergewöhnlich merkwürdig ist angesichts des Telegramms, das Losowsky uns zukommen ließ. Es lautet:

„Die Arbeiterklasse der ganzen Welt muß sich zwischen den revolutionären Gewerkschaften und den Gewerkschaften, die der Amsterdamer Internationale angeschlossen sind, entscheiden. Wie oft haben diese Herren von der Amsterdamer Internationale nach „Einheit" gerufen! Wieviel Krokodilstränen haben sie darüber vergossen! Sie vollziehen unter dieser Losung der „Einheit" den Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse; sie sind bereit, die ganze Organisation der Arbeiter aufs Spiel zu setzen, wenn sie sich weigert, sich von der Bourgeoisie am Gängelband führen zu lassen. An den Schandpfahl mit den Menschen, die das französische Proletariat an Händen und Füßen gebunden der Bourgeoisie ausliefern! An den Schandpfahl mit den Vorkämpfern der Klassenharmonie! An den Schandpfahl mit den Agenten des Kapitals in der Arbeiterschaft! Es lebe die proletarische Einheitsfront!"

Die Arbeiter werden also aufgefordert, sich von der Amsterdamer Internationale loszureißen.

Das ist die Vorbereitung zur „Einheitsfront".

Zur gleichen Zeit, wo man uns zu einer Zusammenkunft auffordert, schimpft man uns Verräter an der Sache der Arbeiter! Herr Losowsky, der uns an den Schandpfahl zu bringen wünscht, lehnt es nicht ab, mit uns ruhig über die Einheitsfront zu beratschlagen. Muß man hieraus nicht den Schluß ziehen, daß diese Herren es mit dem Verrat an der Arbeiterklasse nicht so genau nehmen?

Wenn die sogenannte „rote" Gewerkschaftsinternationale gerne in ganz Europa eine Einheitsfront gegenüber dem Kapitalismus sehen möchte, dann ist der Weg dazu leicht zu finden. Dann haben sie sich nur mit uns zu verständigen, um sich bei uns anzuschließen und gemeinsam den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. Wenn unsere 24 Millionen Mitglieder durch die paar Millionen Russen verstärkt werden und überdies die in einigen Ländern bestehenden törichten Quertreibereien aufhören, ist die Einheitsfront verwirklicht.

Aber dann wird es natürlich für die russische Regierung einigermaßen schwierig, mit der Bourgeoisie regelmäßige Beziehungen zu unterhalten. Man darf doch nicht vergessen, daß, während uns diese Herren vorwerfen, wir nähmen die Interessen der Bourgeoisieregierungen wahr und verteidigen die Interessenharmonie, ihre Gesandten gleichzeitig regelmäßig mit den Vertretern der Bourgeoisieregierungen und der Großkapitalisten am Unterhandlungstisch sitzen, um Geschäfte zu machen. Zur gleichen Zeit, wo sie uns beschuldigen, daß wir mit der Bourgeoisie unter einer Decke stecken, tun sie das, dessen sie uns zu Unrecht beschuldigen. Es wäre doch sicher wünschenswert, daß diese Herren, die

Tag für Tag mit den Vertretern des Kapitals paktieren,

in ihren Verdächtigungen und Beschuldigungen gegenüber uns etwas bescheidener wären.

Wir haben alle diese Tatsachen in Betracht gezogen, bevor wir unsere Antwort vom 21. Dezember 1921 an Herrn Losowsky abschickten. Wir machten dabei die Bedingung, daß man mit dem Aufschub des Kongresses der französischen Minderheit beginnen müsse. Wenn es ihnen tatsächlich um die Einheit zu tun gewesen wäre, würde man diesen Versuch gemacht haben, und es würde möglich gewesen sein, später zu fruchtbaren Diskussionen zu kommen.

Die von uns gemachte Bedingung wurde jedoch nicht erfüllt, und deshalb wurde am 30. Dezember folgendes Telegramm an Herrn Losowsky abgesandt:

„Fortsetzung Telegramm 21. Dezember. In Diskussion Ihres Telegramms vom 16. Dezember, in welchem Einberufung von Einheitskonferenz der französischen Gewerkschaftsbewegung verlangt wird, haben wir in unserer gestrigen Bureausitzung festgestellt, daß der Kongreß der französischen Minderheit stattgefunden hat und daß diese die Spaltung vollzogen hat. Die in unserem Telegramm gemachte Bedingung ist also nicht erfüllt worden. Nachdem Sie und Ihre Freunde die Einheit gebrochen haben, besteht kein Grund mehr zur Abhaltung einer Konferenz."

Damit ist die Angelegenheit für uns vorläufig erledigt, und die Herren können mit ihren Versuchen fortfahren, in die Gewerkschaftsbewegung Uneinigkeit zu säen. Bis jetzt waren sie darin nicht sehr erfolgreich. Unsere Armee von 24 Millionen Menschen steht noch immer geschlossen und stark zu dem gleichen Programm, das 1919 in Amsterdam und 1920 in London festgelegt wurde. Unsere Truppen bleiben stets kampfbereit und stark auch im Kampf gegen die Reaktion, die sich von Rußland aus über ganz Europa verbreitet und in der Form der Diktatur Geltung beansprucht.

Wir bedauern es außerordentlich, daß die russische Revolution, der das ganze Proletariat in Europa von Herzen zugejubelt hat und die wir nach bestem Vermögen und gerne unterstützen würden, von Tyrannen auf falsche Bahnen gelenkt wird und deshalb vollständig fehlzuschlagen droht. Doch dies ist nicht unsere Schuld. Wir haben die „Einheitsfront" von Anfang an gebildet und befestigt, und wir hoffen, sie aufrecht zu erhalten, zum Ansturm gegen die Bourgeoisie und zur Verteidigung gegen die Spaltungsversuche, die von Rußland unternommen werden.

Vom ungarischen Gewerkschaftskongreß.

Erst neuerdings wurden aus der ungarischen Gewerkschaftspresse die Resolutionen des letzten ungarischen Gewerkschaftskongresses bekannt, deren Verbreitung sich der IGB. angelegen sein läßt. Diese Beschlüsse zeigen, wie wenig die ungarische Regierung bisher getan hat, den ungarischen Arbeitern ihre elementaren Rechte und Freiheiten zurückzugeben und sind ein vortrefflicher Kommentar der schönfärberischen Verteidigung der ungarischen Regierung, die der Minister des Aeußern gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt versucht hat.

Zur wirtschaftlichen Lage

stellte der Kongreß fest: als Ursachen der fortwährend steigenden Teuerung und des Elends: einerseits die von der Regierung in den letzten zwei Jahren betriebene einseitige Agrarpolitik, andererseits die Wirtschaftspolitik und die Zollpolitik des Landes, die den Wiederaufbau der Industrie hindern; daß, während die Behörden das friedliche Zusammenarbeiten mit der Arbeiterschaft ankündigen, inzwischen die Arbeitgeber mit Wissen der Behörden den Arbeitern ihren Standpunkt in der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzwingen.

Mit Rücksicht darauf forderte der Kongreß: 1. daß die Regierung den Preis der wichtigsten Lebensmittel herabsetze; 2. das Verbot der Ausfuhr und die Bewilligung der freien Einfuhr dieser Lebensmittel; 3. daß Angestellte mit weniger als 10 000 Kronen Monatsgehalt in die Liste der Minderbemittelten aufgenommen werden.

Ueber das Koalitions- und Streikrecht

sagte der Kongreß, daß die um das Vereins- und Streikrecht geführten Kämpfe und die darauf bezüglichen Eingaben noch immer zu keinem Erfolg führten; daß sogar die im letzten Jahre von der Regierung erlassenen Verordnungen sowie die Praxis der provinzialen Verwaltungsbehörden die freie Wirkung der Gewerkschaften hindern;

daß der Bericht, den der ungarische Minister des Aeußern dem Internationalen Arbeitsamt gemacht hat, nicht der Wahrheit entspricht, weil die das Vereinsrecht beschränkenden Verordnungen noch in Geltung sind, und daß die Behörden noch über diese beschränkenden Verordnungen hinaus, dem Organisations- und Streikrecht eigenmächtig Abbruch tun. Arbeiter, die an der Lohnbewegung teilgenommen haben, sind unter Anklage gestellt und interniert worden.

Deshalb forderte der Kongreß im Interesse der Arbeiter und der inneren Ordnung: 1. Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Streikrechtes der Arbeiterklasse. . . . Die aufgelösten oder gewaltsam aufgehobenen Arbeitervereine sollen wieder freigegeben und die rechtswidrig beschlagnahmten Vermögen sollen zurückgegeben werden; 2. offizielles Verbot der sogenannten schwarzen Listen der Arbeitgeber, durch die die um mehr Brot kämpfende Arbeiterschaft zur Auswanderung gezwungen wird; 3. daß die polizeiliche Aufsicht, der Meldezwang, das System der Internierung und politischen Verfolgungen aufgehoben werden. Ebenso muß auch die Zensur abgeschafft werden; 4. die Regierung soll ermöglichen, daß die Gewerkschaftszentralen im Lande Ortsgruppen gründen und kontrollieren können; 5. die Aufhebung der Beschlagnahme der Vereinslokale und ihre Zurückgabe; 6. die Regierung soll die Verordnung Nr. 6407 von 1920 aufheben, die die Bergarbeiter unter militärische Aufsicht stellt und dadurch die Freizügigkeit, das Versammlungs- und Streikrecht ohne jeden Grund hindern.

Der Kongreß erneute sein

Verhältnis zur Amsterdamer Internationale

und dankte für die tiefe Sympathie und das kameradschaftliche Mitgefühl, das die organisierte Arbeiterschaft der Welt in schweren Stunden gegenüber den ungarischen Genossen gezeigt hat. Er drückte seinen besonderen Dank dem Internationalen Gewerkschaftsbund aus für sein von proletarischer Solidarität getragenes Verhalten; er bestätigte die Beschlüsse des Londoner Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes und beauftragte den Gewerkschaftsrat, seine volle Kraft an die Verwirklichung dieser Beschlüsse zu wenden, sobald er seine Bewegungsfreiheit zurückgewonnen hat.

Inzwischen scheinen sich die Verhältnisse etwas erträglicher gestaltet zu haben.

Berliner Arbeitslose in München.

Aus München berichtete die Tll., die dortigen Blätter verzeichneten mit Unlust die Tatsache, d. h. vom Bayerischen ins Deutsche übertragen, sie schimpfen, daß von Berlin und „ohne jedes Einverständnis und ohne vorherige Verständigung mit dem Münchener Arbeitsamt 54 Arbeitslose nach München geschickt wurden mit der Weisung, das städtische Arbeitsamt solle ihnen Arbeit geben. Alle Beschwerden dagegen waren vergebens. Die Berliner Arbeitslosen wurden nun zu Kulturarbeiten nach Oberbayern gesandt. Sie verweigerten aber die Arbeit, fuhren nach München zurück, verlangten Verpflegung, lehnten die Unterbringung in einem Asyl ab und lagern nun Tag und Nacht im Hauptbahnhof. Die „München-Augsburger Abendzeitung" vermutet, daß es die Leute auf Provokationen abgesehen haben". — Was für die „gute Gesinnung" dieses Blattes zeugt.

Dieser Mordgeschichte gegenüber steht folgender Sachverhalt, wie ihn das Nachrichtenamt des Magistrats Berlin schildert:

„Von der bayerischen Regierung wurde durch das Hauptarbeitsamt Berlin von den Berliner Arbeitsnachweisen die Bestellung von zirka 50 Mann für die Juraarbeiten verlangt. Der Transport ging am 13. Januar mit einem besonders gestellten Wagen vom Anhalter Bahnhof mit einem Transportbegleiter ab. Der Transport traf Sonntag früh an Ort und Stelle ein. Nach telegraphischer Mitteilung des Hauptarbeitsamtes München sind mit den Eingetroffenen Differenzen ausgebrochen. Sofort nach Erhalt dieser Nachricht wurden zwei Vertreter des Landesarbeitsamtes Berlin mit entsprechenden Weisungen zur Schlichtung an Ort und Stelle entsandt."

Weitere Wahlergebnisse zur Angestelltenversicherung.

Vom Afa-Bund wird uns mitgeteilt:

Wie zu erwarten war, ist der Allgemeine freie Angestellten (Afa-) Bund bisher aus den Wahlen als stärkste Gruppe hervorgegangen. Nachdem jetzt aus 200 Orten, die sich auf Groß- und Kleinstädte wie auf alle Gegenden des Reiches verteilen, die Wahlresultate vorliegen, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß auch die weiteren Wahlen keine nennenswerte Verschiebung des Kräfteverhältnisses mehr ergeben werden. Bis jetzt haben erhalten:

Afa-Bund	74 054	Stimmen
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband	85 558	„
Vereinigte Frauenberufsverbände	17 756	„
Gewerkschaftsbund der Angestellten	43 736	„
Verschiedene Verbände	24 009	„

Vertrauensmänner entfallen in diesen 200 Orten auf die einzelnen Listen wie folgt:

Afa-Bund	229	Vertrauensleute	498	Ersatzleute
DHV.	96	„	162	„
Frauenverbände	10	„	40	„
GdA.	107	„	204	„
verschiedene Verbände	138	„	288	„

Bemerkenswert an diesen Resultaten ist, daß in vielen Klein- und Mittelstädten die Angestellten sich in besonders großem Maße zur freigewerkschaftlichen Bewegung bekannt haben; häufig sind weit mehr als die Hälfte aller Stimmen für die Listen des Afa-Bundes abgegeben worden.

•

Der deutschnationale Handlungsgehilfenverband zweifelt unsere Veröffentlichung in Nr. 25 des „Vorwärts" an und verzeichnet folgende Ergebnisse aus 240 Orten: Afa-Bund 176 Vertrauensleute und 493 Ersatzleute, DHV. 324 Vertrauensleute und 537 Ersatzleute, Frauenverbände 17 bzw. 88, GdA. 207 bzw. 868, verschiedene Verbände 34 Vertrauensleute bzw. 112 Ersatzleute. Sobald die Ergebnisse vollständig vorliegen, wird sich herausstellen, welche Zählung richtig ist.

Tarifverhandlungen in der Lederwarenindustrie vertagt.

Am 16. Januar und den folgenden Tagen fanden in Eisenach Verhandlungen statt, wo neben einer Reihe wichtiger Verwaltungsfälle auch die Lohnforderungen des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller auf der Tagesordnung standen. Die Arbeitgeber verlangten eine Verlängerung des alten Abkommens bis Mitte Februar, welche durch die Arbeitervertreter abgelehnt wurde. In der Lohndebatte kam es zu einem Zwischenfall, welcher den unparteiischen Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Schül aus Offenbach a. M., veranlaßte, sein Amt niederzulegen. Die Verhandlungen mußten vertagt werden bis zur Neuwahl des Vorsitzenden, welche in den nächsten Tagen erfolgen dürfte. Bis dahin bleibt der Nachtrag 9 vollinhaltlich in Kraft.

Abbruch der Verhandlungen im Zeitungsgewerbe.

Der Arbeitgeberverband für das Groß-Berliner Zeitungsgewerbe bot den Angestellten für Januar eine 20prozentige, für Februar eine 25prozentige Zulage auf die zurzeit gezahlten Gehälter. Bei der Geringfügigkeit der letzteren ist dieses Zugeständnis absolut unzureichend. Die am 17. Januar versammelten, im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten des Zeitungsgewerbes haben denn auch das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt. Sollte der angerufene Schlichtungsausschuß den Wünschen der Angestellten nicht in höherem Maße Rechnung tragen, dann werden die Angestellten gezwungen sein, den Kampf um ihre Existenz mit allen gewerkschaftlichen Mitteln aufzunehmen.

Die gemaßregelten Dreher der Lokomotivfabrik Hennigsdorf werden ersucht, ihre Adresse an den Kollegen Hans Boricze, Berlin, Bellermannstr. 93, einzusenden.

Weberstreik in Augsburg. In der großen Augsburger Spinnerei und Weberei sind sämtliche Weber in den Streik getreten. Die Fabrikleitung hatte einer Anzahl Weber gekündigt, weil diese sich weigerten, drei Webstühle zu bedienen.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Sonntag 10 Uhr bei Becker, Weberstr. 17, Versammlung der Reiseartikel- und Portefeuillerbranche. Hierzu sind auch alle in der Lederwarenindustrie tätigen Buchbinder geladen.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Bei
Grippe-Gefahr
schützen die fachärztlich empfohlenen
Panflavin-Pastillen
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

Edelster deutscher Weinbrand
Scharlachberg Meisterbrand
Weinbrennerei Scharlachberg G. m. b. H., Bingen a. Rhein
Vertreter: **Carl H. Bitzenhofer,** Berlin W 50, Fürther Str. 3 ⋈ Fernspr. Amt Uhland 524

Die Sarottifabrik in Tempelhof niedergebrannt.

Schwierige Rettungsarbeiten. — Mehr als 100 Verunglückte.

Das Großfeuer in der Sarotti-Fabrik in Tempelhof, über das wir bereits im gestrigen Abendblatt berichteten, hat die gewaltigen Anlagen in unmittelbarer Nähe des Teltowkanals bis auf die Grundmauern eingeäschert. Eine Feuersbrunst, seit dem gewaltigen Brande der Viktoriaspeicher in der Köpenicker Straße wohl der verheerendste Fabrikbrand, den Berlin erlebt hat, ist hier aus winziger Ursache entstanden, und es ist völlig unbegreiflich, wie die Flammen sich trotz der massiven Decken und der Eisenbetonwände, trotz Hydranten und sonstigen Vorsichtsmaßregeln mit einer derartigen Windesschnelle verbreiten konnten. Die Gefahr wurde unterschätzt, und es ist geradezu als ein Wunder zu bezeichnen, daß kein Menschenleben verunglückt ist. Alle Wehren Berlins und des Südens waren den ganzen Tag vereint tätig, aber die kärglichen Wasserstrahlen waren gegenüber dem Flammenmeer machtlos. Die Sarotti-Fabrik brannte und glühte aus.

Auf dem Wege zur Brandstelle.

Schon von der Höhe des Tempelhofer Feldes aus sah man quer über das Feld in mäßiger Höhe langsam eine riesige breite graue Wolkenstraße. Am Horizont sieht man die Quelle: dick sich aufblähende und auseinanderquellende Riesenblasen. Drohendes Dunkelgrau. Wind wälzt es zu Boden. Dann springt es in die Luft hoch auf. Und zieht, Unheil verkündend, ab.

Da ist schon Tempelhof. Eiliges erregtes Rennen in den Straßen. Ein magerer Weg, leer von Bäumen und Häusern. Menschenwirren in beiden Richtungen. Drei Mädchen kommen entgegen, zerzauste Haare, erhitzt, fiebernde Blicke. „Was ist mit euch?" Die eine mit nervös wispernder Stimme: Beinahe . . . hat's mich gekriegt . . . das Feuer da. Ich laufe, will meine Sachen holen, will zurück . . . da . . . dicker Qualm im Flur . . . Alles dunkel. — Ich schreie und niemand hört . . . Zurück zur Wasserleitung. Tuch naß gemacht . . . Um den Kopf geschlagen . . . Taschentuch vor den Mund und wieder in den Gang. Qualm noch dichter . . . Endlich eine Türe. Raus — Gerettet." Sie atmet auf, sieht ihre Begleiterinnen abwesend an, nickt, geht mit ihnen weiter.

Jetzt beginnt ein sanfter Ruß- und Aschenregen. Glühende Fetzen fliegen wie seltene exotische Blumen in der Luft herum, werden vom Ost, der schneidend peitscht, weit abgetrieben. Dumpfes gleichmäßiges Puffern schüttert durch die Luft: eine der vielen Dampflöschmaschinen. Von zwei Seiten der Straße, über das Feld, von einem Fabrikhof kriechen die dicken, roten Schlangen der Wasserschläuche.

Vor der brennenden Fabrik.

Da liegt die Fabrik. Ein breiter Betonklotz. Zwei Seitenflügel, ein Mitteltrakt. Wo brennt es nun? Man sieht nichts. Ungeheure grauschwarze Wolken pressen sich mit imponierender Gewalt aus dem Innern des stumpf daliegenden Hauses, wälzen sich explosivartig enger und zerfließen oben in einem gleichmäßig abziehenden Qualm. Hellgraues Gewölk drängt sich dazwischen, ein Zeichen, daß Wasser in die unsichtbaren Gluten fällt. Merkwürdig tot liegt die Vorderfront. Die dunklen Wolken des Todes schießen immer wilder aus allen Oeffnungen. Der Wind preßt sie ab, wirft sie zurück, hüllt den ganzen Bau in Rauch. Jeder einzelne Stein scheint Qualm zu atmen.

Plötzlich sieht man in dem ersten Stockwerk einen dünnen roten Schein aufatmen. Eine goldigrote Flamme flackert bald hinterher, steigt höher, wird breiter. Das Feuer ist aus dem Keller emporgestiegen. Jetzt faltet sich das Rot breit wie eine Blutfahne auseinander, schwenkt hin und her, zieht sich in die Höhe, in die Weite. Rechts und links sind, kaum beachtet, neue Flammen entstanden, die sich mit der ersten vereinigen. Eine breite Feuerwand steht in den Räumen.

Ein dumpfer Schlag macht die Erde zittern, ein zweiter folgt. Dann springen mit schrillem Klang Fensterscheiben, splittern scharfzackig zu Boden. Ein neuer Schlag knallt breit und schwer. „Explosion! Explosion!" schreit es in der Masse, die kreischend entflieht.

Es brennen die Fensterkreuze. Eine Scheibe nach der anderen zerschellt. Breit, höhnisch leckt die Flamme heraus, zuckt zurück, setzt wieder an, zuckt höher, immer höher, schlägt wie mit gierigem Lachen bis hoch über das Dach empor. Scheu weicht die Menge vor der entfesselten Bestie.

Splittern und Prasseln und Krachen geht durch die Räume, von denen einer nach dem anderen feurig aufglüht. Auch die zweite Decke wird durchfressen. Schon scheint es in dem oberen Stockwerk rot. Ein wildes Krachen tönt. Jetzt ist alles ein einziger riesiger Feuerofen, und jedem wird klar, da ist nichts mehr zu retten. Diese Fabrik wird ganz und gar ausbrennen und nur die Umfassungsmauern werden stehen bleiben.

Wo ist die Feuerwehr? Sie arbeitet mit einem Dutzend Spritzen heroisch. Wo ist das Wasser? Man sieht einen Strahl aufzischen. Das Feuer deckt ihn zu. Man sieht ihr wieder. Jetzt meint man, eine schmale weiße Feder zu sehen, die sich vermißt, diesen Vulkan auszuwedeln.

Das Rettungswerk.

Nach den bisherigen Feststellungen ist es sicher, daß das Feuer zuerst in einem an der Nordwestecke der Fabrik belegenen Kellerraum ausbrach, wo sich große Holzwollvorräte entzündet hatten, ob infolge Kurzschlusses oder Unvorsichtigkeit des Personals, mag dahingestellt bleiben. Der Kellerbrand hatte eine ungeheure Rauchentwicklung zur Folge. In kürzester Zeit waren alle Räume der Fabrik, vor allem aber die vier großen Treppenschächte, von dichtem Qualm gefüllt. Als die Feuersirene ertönte und das Personal schleunigst die Ausgänge zu gewinnen suchte, war von dem Feuer selbst in dem Gebäude nichts zu merken als der aus dem Keller hervorströmende Rauch. Die Hausfeuerwehr versuchte sofort, den Kellerbrand zu bekämpfen, doch erwies sich der Druck der Fabrikhydranten als zu schwach. Als dann die inzwischen alarmierte Tempelhofer Feuerwehr eintraf, richtete sie alle ihre Bemühungen zunächst auf die Rettung der in den oberen Geschossen eingeschlossenen 200 bis 300 Angestellten und Arbeiterinnen, denen der Rettungsweg infolge der starken Verqualmung der Treppenhäuser versetzt war. Mit Hilfe einer mechanischen Leiter, die an der Ostseite der Fabrik angesetzt wurde, sowie mittels Rettungsleinen und Rettungsschlauch wurde das Rettungswerk in Angriff genommen, das sich infolge der unter dem Personal der Fabrik ausgebrochenen Panik sehr schwierig gestaltete und nur langsam vonstatten ging. Die etwa eine Stunde später eintreffenden Wehren von Neukölln, Mariendorf und Britz unterstützten die Tempelhofer in ihrer Rettungsaktion durch Aufrichten weiterer mechanischen Leitern. Der Kellerbrand selbst schien in den Vormittagsstunden nicht genügend beachtet worden zu sein. Man versuchte zwar, ihm mit mehreren Schlauchleitungen zu Leibe zu gehen, doch gelang es nicht, das Feuer einzudämmen. Gegen 12 Uhr mittags wurden die Löschmannschaften durch Schreien und Rufen der noch nicht herausgeholten Arbeiterinnen im vierten Stock darauf aufmerksam gemacht, daß die Flammen, die anscheinend durch Luftschächte hindurch den Weg nach oben gefunden hatten, auf dieses Stockwerk übergriffen.

Nun erst schien sich die Feuerwehr der schweren Gefahr richtig bewußt zu werden, und man rief die Berliner Feuerwehr um Hilfe an, die auf die Meldung

Großfeuer

unter Führung des Branddirektors Reichel alsbald mit fünf Löschzügen an der Brandstelle erschien. Inzwischen hatte das Feuer auch auf die übrigen Stockwerke der Westfront übergegriffen, so daß beim Eintreffen des ersten Berliner Löschzuges aus vier Stockwerken des Westflügels die hellen Flammen herausschlugen. Da die Rettung der eingeschlossenen Angestellten im vierten Stockwerk immer noch nicht beendet war, wurde zunächst eine weitere mechanische Leiter an der Ostfront angesetzt und der Rest des Personals in Sicherheit gebracht. Unter Leitung des Branddirektors Reichel begann dann mit mehr als 20 Schlauchleitungen ein umfassender Löschangriff an allen Fronten. Aber es war bereits zu spät. Mit unheimlicher Schnelligkeit verbreiteten sich die Flammen von dem Westflügel nach dem Mitteltrakt und dem Ostflügel. Anscheinend durch keinerlei Brandmauern gehemmt, fand das Feuer an den ungeheuren Vorräten an den Arbeitstischen, Regalen reiche Nahrung. Um 1 Uhr mittags war die gesamte Fabrik ein gewaltiges Feuermeer. Fast sämtliche Fensterscheiben waren geplatzt, ein heftiger Ostwind fachte die Flammen immer mehr an und trieb eine ungeheure schwarze Rauchsäule nach Westen. Besonders aus den Stockwerken an der Nord- und Westfront, wo Zucker, Kognak, Liköre und Spiritus lagerten, schossen riesige Flammen hervor. In der zweiten Nachmittagsstunde mußten diejenigen Löschmannschaften, die aus nächster Nähe Wassermassen in das Feuermeer schleuderten, wegen Explosionsgefahr zurückgezogen werden. Bald darauf ereigneten sich kurz nacheinander

zwei Explosionen

wahrscheinlich im Spirituosenlager. Jetzt sah man ein, daß die Fabrik verloren war. Von weiteren fruchtlosen Löschversuchen wurde abgesehen und alle Anstrengungen darauf gerichtet, das Maschinenhaus an der Ostfront und die Benzintanks am Teltowkanal vor einem Uebergreifen des Feuers zu bewahren. Aus dem lichterloh brennenden Gebäude ertönte fortwährend das Krachen herabfallender Maschinenteile. Die Decken, die ebenso wie die ganze Fabrik aus Eisenbeton hergestellt sind, schienen zu halten, ebenso die großen gemauerten Bunker im dritten Stockwerk, in denen sich die Kakaobohnen befinden. Bis in die Abendstunden hinein hielt das Feuer in unverminderter Stärke an. Gegen 5 Uhr nachmittags gelang es an einigen Stellen der Ostfront, wo das Feuer infolge mangels an Nahrung ein wenig nachgelassen hatte, mittels Hakenleiter wieder in die Räume einzudringen und den Löschangriff von hier aus aufzunehmen.

Um 7 Uhr abends rückten zwei weitere Berliner Löschzüge an die Brandstelle, um ihre völlig erschöpften Kameraden abzulösen.

Die Zahl der Verunglückten

beträgt nach den bisherigen Feststellungen weit über hundert, wobei die vielen Fälle von leichteren Rauchvergiftungen nicht mitgerechnet werden. Die erste Hilfe leistete die Rettungsstelle 41 in Tempelhof und das Krankenhaus Britz, dem zahlreiche Arbeiterinnen mit schwerer Rauchvergiftung, einige auch mit Nervenchocks zugeführt wurden. Verletzungen beim Herabspringen sind nur in geringfügigem Maße vorgekommen. Das im Augenblick des Brandes beinahe 2000 Köpfe starke Personal mußte bei der Flucht aus den Arbeitsräumen fast alle Kleidungsstücke zurücklassen. In der dünnen Arbeitskleidung harrten die Arbeiterinnen vor Kälte zitternd im Hof der Fabrik, bis es mit Hilfe der Sarotti-Autos und zahlreicher Kraftwagen, die die Dinos-Automobilgesellschaft und die Kraftverkehrsgesellschaft Marken zur Verfügung gestellt hatten, gelang, alle Angestellten nach ihren Wohnungen zu transportieren. Ueber die

Ursache des Unglücks

haben sich bisher genauere Feststellungen noch nicht treffen lassen. Sehr wahrscheinlich ist es, daß der Brand im Keller durch Kurzschluß entstanden ist, da unmittelbar hinter dem Stapel Holzwolle elektrische Leitungsdrähte liefen. Wie es möglich war, daß die Flammen mit einer solchen Geschwindigkeit auf das riesige, in Eisenbeton hergestellte Fabrikgebäude übergreifen konnten, muß erst die amtliche Untersuchung feststellen. Die unerfreulichste Erscheinung bei dieser Brandkatastrophe ist auf jeden Fall das Verhalten der Tempelhofer Feuerwehr, die trotz aller Warnungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Meinung war, daß sie allein imstande sei, den Kellerbrand zu löschen und die die Hilfe der Berliner Feuerwehr erst zwei Stunden später anrief, als das Schicksal der Fabrik bereits besiegelt war.

Die größte Schokoladenfabrik Europas.

Das jetzt niedergebrannte Fabrikgebäude, dicht am Teltowkanal gelegen, nördlich begrenzt von der Filmstadt der Ufa mit ihren phantastischen Kulissenbauten, ist das größte Werk dieser Art auf dem europäischen Festlande. Ein im Jahre 1911/12 nach den Plänen von Professor Bruno Möhring errichteter Eisenbetonbau, eine der bemerkenswertesten Fabrikschöpfungen Groß-Berlins. Der hohe achteckige Schornstein und der graue Massivblock des Fabrikgebäudes ragen weit hinaus über das flache Feld, das die Industrieanlagen vom Wohnort Tempelhof trennt. Tag und Nacht wurde an dieser „süßen" Stätte gearbeitet, oft nicht nur in zwei, sondern in drei Schichten, und es bot einen feenhaften Anblick, wenn die hunderte Fenster und die tausende kleiner Scheiben der Sarotti-Fabrik wie ein Märchenpalast durch das Dunkel der Nacht ihr Licht versprühten.

Sarotti-Dividenden.

Das Gelände, auf dem der jetzt abgebrannte siebenstöckige Fabrikbau von 7000 Quadratmeter Grundfläche stand, wurde von der Sarotti-A.-G. 1910 angekauft. Es handelt sich dabei um ein 40 000 Quadratmeter großes Grundstück mit 300 Meter Wasserfront und mit Bahnanschluß. Hierhin wurde im Laufe der letztvergangenen Jahre fast die gesamte Fabrikation verlegt.

Die Sarotti-A.-G. stand im vergangenen Jahr verschiedentlich bei der Börsenspekulation alles beherrschend im Vordergrund. Seine Hauptursache hat das darin, daß Sarotti nicht nur intime, im besonderen schwedische, Auslandsverbindungen pflegt, es sitzen in seinem Aufsichtsrat auch prominente deutsche Volksparteiler, z. B. der Reichstagsabgeordnete Stresemann. Die im Vorjahre sich fort-

---

18]

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Lauridsen Bruun.

Mamsell Berg benutzte die Pause, um sich zu erheben.

Hjarmer wandte sich zu ihr.

„Ich kann mir denken, daß es Sie unter diesen Verhältnissen nach Hause treibt — es gibt ja viel zu bedenken und zu ordnen."

Er erhob sich, um sie zur Tür zu begleiten.

„Wie gesagt, ich muß Sie darum bitten, alles unberührt liegen zu lassen. Sobald die Rechtszeugen hier sind, werden Doktor Sylt und ich die legale Leichenschau vornehmen, damit die Sache ohne Verzug weiter verfolgt werden kann."

„Besten Dank!" Mamsell Berg stand hochaufgerichtet und eckig da, die Hände vor sich auf dem Magen gefaltet. Dann wandte sie sich zu Frau Helwig: „Gute Nacht!" sagte sie, grüßte Werner Hillsöe mit dem Kopf, ohne ihn anzusehen und ging zur Kontortür.

„Also auf Wiedersehen!" sagte Hjarmer und folgte ihr. „Ich habe niemand, der Sie begleiten kann, Mamsell Berg, aber die Nacht ist ja hell."

„Besten Dank! — Das ist auch nicht nötig."

Während Hjarmer den Rücken kehrte, versuchte Werner Frau Helwigs Blick zu sich zu zwingen, aber sie hob die Augen nicht von der Stickerei.

Als der Amtsvorsteher die Tür hinter Mamsell Berg geschlossen und sich wieder gesetzt hatte, räusperte Hillsöe sich und sagte:

„Sehen Sie, Herr Amtsvorsteher, ich kam her, um mit dem alten Hillsöe in Geschäftsangelegenheiten zu sprechen. Jetzt, da er tot ist, habe ich hier nichts mehr verloren. Nur würde es mich interessieren zu erfahren, wer ihn beerben soll."

„Ich stehe selbstverständlich mit jeglicher Aufklärung, die Ihnen von Nutzen sein kann, zur Verfügung; nur fürchte ich, daß ich noch weniger weiß als Sie."

Herr Hjarmer rückte etwas auf seinem Stuhl, während er nervös auf seine weißen Hände herabsah.

„Darf ich mir die Frage erlauben, Herr Hillsöe, Sie sind wohl der nächste Verwandte des Verstorbenen?"

„Der einzige!"

Werner betrachtete festen Blickes das bleiche Gesicht des Amtsvorstehers mit dem blonden, gepflegten Vollbart und fügte dann so ruhig und gleichgültig hinzu, als spräche er vom Wetter:

„Aber er enterbte mich vor einigen Jahren. Und es würde mich interessieren, wen er statt meiner als Erben eingesetzt hat."

Der Amtsvorsteher wich seinem festen Blick aus, der ihn nervös machte. Er rieb seine weißen Hände gegeneinander und sagte:

„Ja, nach dem, was Mamsell Berg sagte — und sie scheint ja das Vertrauen des Verstorbenen besessen zu haben — so findet sich kein Testament in seinen Fächern. Wenn eines existiert, ist es natürlich zu Zeiten meines Vorgängers im Notariatsprotokoll eingetragen worden. Wenn Sie sich also morgen ins Bureau bemühen wollen, können wir das Protokoll zusammen durchsehen."

Frau Helwig sah interessiert auf.

„Du hattest es ja heute abend mit, mein Freund."

„Das ist auch wahr."

Hjarmer sah zum Rauchtisch hinüber.

„Da liegt es ja."

„Gut!" sagte Werner und erhob sich. „Dann wollen wir der Qual ein schnelles Ende machen."

Sie gingen zusammen hin, und Hjarmer schlug das schwere Protokoll auf.

„Also Sie meinen vor ungefähr vier Jahren?

„Ja, bevor Sie — und Ihre Frau hier in die Gegend kamen."

„Das stimmt, ja!"

Der Amtsvorsteher blätterte.

„Ich finde den Namen Hillsöe nicht!" sagte er kurz danach. „Vielleicht weiter hinten."

„Kaum!"

„Doch hier —"

Der Amtsvorsteher beugte sich interessiert herab und verfolgte den geschriebenen Text mit dem Finger, während Werner über seine Schulter sah.

„Sehen Sie hier: Just Joachim Werner Hillsöe — Testamentarische Bestimmungen — lesen Sie bitte selbst."

Ja, da stand es wirklich.

Hjarmer wendete hastig die Seite um und las weiter:

„Ziegelhof genannt — mit allem Grundbesitz, der Ziegelei und allen übrigen dazu gehörigen Bauten testiere ich meinem Adoptivsohn Herald Werner Hillsöe —"

„Sind Sie das?" fragte Hjarmer.

Werner sah ins Protokoll und nickte.

„Das ist also das ursprüngliche Testament," sagte er. „Aber wo ist nun das, das dieses umstieß?"

Hjarmer richtete sich auf und sagte mit einem Lächeln: „Ja, wie Sie sehen, Herr Hillsöe, ist kein solches vorhanden."

„Seltsam!" Werner runzelte die Brauen und dachte nach. — „Er war ein Mann der peinlichsten Ordnung."

Helwig sah von der Stickerei auf. Zum ersten Male begegneten sich ihre Blicke, und ihre großen, grauen Augen verbargen nicht die Freude, die sie empfand.

„Sie sollen sehen, Herr Hillsöe," sagte sie, „es war nur eine Drohung!"

Hjarmer schlug das Protokoll zu, trocknete seine weißen Hände im Taschentuch und trat an den Tisch.

„Ich glaube, daß meine Frau recht hat!" sagte er. „Wenn alle Enterbungen in Kraft treten würden, die alte, reizbare Leute im Zorn herausschleudern, dann wären die Erbverhältnisse noch verzweifelter und verwickelter, als sie es schon im voraus sind. Sie ahnen nicht, welche Erfahrungen wir Juristen darin machen. Wenn sich das Blut beruhigt hat, dann bereut man, und die Enterbung gelangt selten zu Papier, geschweige bis zum Notar, wenn nicht ganz besondere Gründe vorliegen, die — die —"

„Vielleicht lagen hier solche vor!" sagte Werner und sah ihn fest an.

„Gott bewahre!" Hjarmer betrachtete diskret seine Hände. „Mir ist der vorliegende Fall ja ganz unbekannt. Aber dennoch — wenn sich nichts im Notariatsprotokoll findet und ebensowenig in seinen gewohnten Fächern — dann holte ich mich für berechtigt, Sie als den glücklichen Erben eines großen, des größten Vermögens im Amtsbezirk zu beglückwünschen."

(Fortsetzung folgt.)

gesetzt verschlechternde Valuta schuf für Sarotti eine Art Einfuhrsperre für die Rohmaterialien der Schokoladenfabrikation. Günstige Einkäufe dieser Produkte, die weit zurücklagen, ermöglichten dann horrende Gewinne. Nachdem das Geschäftsjahr 1920 noch mit 18 Millionen Mark Aktienkapital 40 Proz. Dividende zuließ, ging man 1921 daran, das Kapital mehrere Male zu erhöhen. Zuletzt wurde es verpierfacht. Damit wurden für die alten Aktionäre Gewinne geschaffen, wie sie bis dahin an der deutschen Börse und der Oeffentlichkeit unbekannt waren. Man arbeitete auf die bewährte Art, daß die jungen Aktien zum Nominalwert ausgegeben wurden, obwohl die alten damals an der Börse mit 2600 notierten. Damit fielen als Bezugsrecht auf jeden alten Aktionär 1800 Proz. „Reben"-Dividende. Bei der jüngsten Kapitalserhöhung wurde den Sarotti-Aktionären ein Bezugsrecht von 1000 Proz. erneut in den Schoß geworfen. Es ist kaum auszurechnen, welch gewaltige Gewinne im vergangenen Jahr die Sarotti-Gesellschaft ihren Aktionären neben der Dividende auf diese Art in den Schoß geworfen hat. Die Bilanz der Sarotti-A.-G. ist ein Musterbeispiel für die heute übliche Verschleierung gewaltiger Reserven und sonstiger Verdienste. Es ist deswegen schon heute anzunehmen, daß den Aktionären aus dem gewaltigen Brand irgendwelcher materieller Schaden nicht entsteht, über das Schicksal der beschäftigungslos gewordenen Arbeiterinnen und Arbeiter ist noch nichts bekannt.

Die jüngste Kursnotierung der Sarottiaktien ergab eine Bewertung von 1812, d. h. 18 120 M. für eine Tausendmarkaktie.

Der Fall Burg vor Gericht.

Der im „Vorwärts" wiederholt besprochene Konflikt an der Fürstin-Bismarck-Schule, in dessen Mittelpunkt der Direktor Dr. Burg steht, stand jetzt vor dem Schöffengericht Charlottenburg zu einer sehr ausgiebigen Erörterung. Burg hat den an dieser Schule tätig gewesenen Studienrat Dr. Kawerau als den Redakteur der Mitteilungen des Reichsbundes entschiedener Schulreformer wegen Beleidigung verklagt, weil ein dort im September 1920 veröffentlichter Artikel über jenen Konflikt ihm eine Reihe von Vorwürfen machte. Unter anderem wurde darunter über Direktor Burg gesagt, er habe seine Schülerinnen darüber abstimmen lassen, ob in den Schulzimmern die Kaiserbilder wieder aufgehängt werden sollten, er habe auf eine Bismarckfahrt der Schülerinnen nach Friedrichsruh hingewirkt und Geld aus einem an der Schule zusammengebrachten Fonds eigenmächtig zur Deckung der Kosten verwendet, er habe ferner die gegen seinen Kollegen Kawerau in einer Elternversammlung vorgebrachten „gemeinen und bösartigen Angriffe" indirekt dadurch unterstützt, daß er Kawerau nicht gegen sie in Schutz genommen habe, weiter habe er gegen den damals an derselben Schule tätigen Studienrat Dr. Reintjes gehetzt und grobe Unwahrheiten nicht gescheut.

Der Angeklagte Kawerau, dem Rechtsanwalt Heine als Verteidiger zur Seite stand, erklärte, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, als er den nicht von ihm selber verfaßten Artikel aufnahm. Darin werde nur das Ergebnis der gegen Direktor Burg geführten amtlichen Untersuchung wiedergegeben, und das zu veröffentlichen, habe er als ein persönlich an dem Konflikt beteiligter Lehrer, zugleich als Mitglied des Elternbeirats der Schule und schließlich auch als Kämpfer für die entschiedene Schulreform geradezu die Pflicht gehabt. Gegen ihn und Reintjes sei gehetzt worden, und über ihn selber sei zum Beispiel das Märchen verbreitet worden, daß er „im Unterricht alle Viertelstunde mindestens einmal von der freien Liebe rede". Der Kläger Burg behauptet unter anderem, er habe Kawerau nicht gegen Reintjes aufgehetzt, sondern ihn vor diesem „schützen" wollen, indem er ihn mahnte: „Wer Pech angreift usw." Gegen Reintjes erhebt er den Vorwurf, daß dieser ihn, Burg, beim Ministerium Haenisch denunziiert habe, indem er ein Exemplar der von Burg festgesetzten, gegen die Bestimmungen über die Elternbeiräte verstoßenden Tagesordnung für eine Elternratswahlversammlung ins Ministerium gelangen ließ.

In der Beweiserhebung wurden zunächst die gegen Kawerau in der Elternversammlung und anderwärts vorgebrachten Angriffe erörtert. Prof. Kuttner, der Vater einer Schülerin, brachte allerlei ihm als sehr bedenklich geltende Dinge zur Sprache. Kawerau hatte z. B. den Geldheiraten die wahrhaft sittliche Ehe vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft gegenübergestellt. Daß er von „freier Liebe" gesprochen habe, stellte Kawerau aufs bestimmteste in Abrede, und er berief sich darauf, daß alle Schülerinnen einstimmig diese Behauptung für unwahr erklärt haben. Von besonderem Interesse war die Vernehmung des

Ministers a. D. Haenisch,

der in seiner Ministerzeit sehr nachdrücklich in den Fall Burg eingegriffen hat. Haenisch sagte folgendes: Der Gesamteindruck, den ich vom Direktor Burg hatte, war der, daß er ein etwas unaufrichtiges Verhalten an den Tag gelegt hat. Diesen Eindruck hatte nicht nur ich, sondern auch diejenigen meiner Räte, die sich mit der Sache zu beschäftigen hatten, und zwar ohne Unterschied der politischen Partei. Beim Provinzialschulkollegium hat er die Versetzung von Reintjes beantragt, ohne diesem etwas davon zu sagen, wie es Pflicht der Kollegialität gewesen wäre. In der Angelegenheit der Tagesordnung für die Elternratswahlversammlung forschte er dem Absender des Zettels nach und berief das Lehrerkollegium wiederholt zu Konferenzen zusammen, wobei er auch in unpädagogischer Weise die ganze Schule in Aufregung versetzte. An der Schule hätte der Direktor die Minderheit gegen Vergewaltigung durch die Mehrheit schützen müssen, er aber machte sich zum Führer der Mehrheit gegen die Minderheit. Direktor Burg wehrte sich gegen diese Bekundungen.

Die Sitzung, in der auch Oberschulrätin Wegscheider-Ziegler und Prof. Oestreich über die Vorgänge in der Elternversammlung vernommen wurden, dauerte bis zum späten Abend. Für den Prozeß ist eine Dauer von mindestens drei Tagen in Aussicht genommen.

Die Berliner Kaninchenanleihe.

Eine Erbschaft aus der „Großen Zeit".

Berlin hat während des Krieges für den Kauf von Kaninchenfleisch eine Anleihe von etwas über 1 Million Gulden in Holland aufgenommen, die infolge der Verschlechterung des Markwertes gegenwärtig zu einer drückenden Last zu werden drohte. Es ist jetzt gelungen, für den größten Teil des Betrages eine langfristige Anleihe bei einer holländischen Hypothekenbank aufzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte gestern in geheimer Sitzung dem darüber vorgelegten Vertrage zu. Die neue Anleihe läuft auf 40 Jahre. Es ist zu hoffen, daß im Laufe so langer Zeit der Wert der Mark gegenüber dem ausländischen Zahlungsmittel besser sein wird als heute.

Immer wieder zeigen sich die Folgen der Kriegswirtschaft im Berliner Rathaus. Man überläßt es dem jetzigen Magistrat, mit diesen Schwierigkeiten fertigzuwerden, und wir sind gespannt, ob nicht auch diese Anleihegeschichte bald irgendwo von reaktionärer Seite als Argument für die sozialistische „Mißwirtschaft" benutzt wird.

Eine Folge der Portoerhöhung.

Infolge des erhöhten Portos hat der Magistrat beschlossen, Briefe und Postkarten an Privatpersonen (Vereine, Gesellschaften, Korporationen usw.) unfrankiert als portopflichtige Dienstsache abzusenden, wenn die Angelegenheit im Interesse des Empfängers liegt. Der Magistrat ersucht daher, allen Schreiben und Eingaben, auf die der Absender eine Antwort in seinem Interesse erwartet, das Porto für die Antwort beizufügen.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fische knapp. Geschäft ruhig. Fleisch über Bedarf Geschäft etwas rege. Obst und Gemüse schwach, Geschäft schleppend.

•

Am gestrigen Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende **Kleinhandelspreise:**

Seelachs 11 M., **Kabliau** 13 M. und **Schellfisch** 10 M., **Bleie** von 12 M. an und **Hechte** 19 M., **Stinte** 3,50 M. das Pfund, — In **Hasen** ist die Zufuhr reichlich, doch kostet das Pfund noch immer 11 und 12 M. Ein Paar Hasenkeulen 30 M. **Gänsefleisch** kostet 25—26 M. das Pfund. — **Puten** konnte man von 21 M. das Pfund an haben. — **Rouladen** standen mit 22 M. ausgezeichnet und **Kalbsschnitzel** mit 24 M., **Hammelfleisch** wurde mit 18 und 19 M. verkauft. **Kalbfleisch** mit 15—17 M. — Das Viertelpfund **Schlackwurst** kostete 7,50—8,50 M., **Salami** 8—8,50 M., **Braunschweiger** 7 M., **feine Leberwurst** 7 M. und **Landleberwurst** 6,50 M. **Fleischwurst** 7 M., **Zungenwurst** 7,50 M., **Schabefleisch** 20 M. das Pfund und **Gehacktes** 16 M., **Hackepeter** kostete 24 M. — **Margarine** hatte sich im Preise nicht verändert. **Naturbutter** schwankte zwischen 42 und 48 M. das Pfund. — **Schmalz** kam 23 M. und Holländisches 24,50 M., **Kunstfett** wurde mit 19,50 M. angeboten. — **Kamemberkäse** konnte man für 7,50 M. und 9 M. haben, **Faustkäse** das Viertelpfund für 3,40 M., **Tilsiter Käse** 36 M. das Pfund — **Weißkohl** kostete 2,40 M., während der **Wirsingkohl** 3—3,50 M. forderte, **Blumenkohl** 8—12 M. der Kopf und **Rotkohl** 5 M. das Pfund. — **Nudeln** standen mit 9 und 9,50 M. ausgezeichnet und **Graupen** mit 7 M., **Erbsen** 6 und 7,50 M., **Auszugsmehl** 6,50 M. und **Eier** das Stück 4,50 M.

Zur Verzweiflung getrieben.

Ein überaus trauriges Menschenschicksal entrollte sich gestern vor den Geschworenen des Landgerichts I in einer auf versuchten Mord lautenden Anklage gegen den erblindeten früheren Kaufmann, jetzigen Korbflechter Mehr. Er war beschuldigt, versucht zu haben, sich und seine zwei Kinder durch Leuchtgas zu töten.

Der Angeklagte wohnte in Posen, ernährte sich als Kaufmann, hatte dann das furchtbare Unglück, infolge einer Netzhautentzündung das Augenlicht zu verlieren. Er erlernte dann die Korbmacherei, verheiratete sich in Posen und betrieb im Verein mit seiner Frau, die ihm zwei Kinder schenkte, sein Geschäft mit gutem Erfolge. Bald aber verlor er seine Frau. Die Polen boykottierten ihn und er war gezwungen, mit seinen Kindern nach Berlin überzusiedeln. Hier versuchte er es wieder mit der Korbmacherei, mußte aber sein Geschäft wieder aufgeben, da es ihm an Betriebskapital fehlte. Eine mitleidige Seele nahm sich der Vereinsamten an, führte ihm in ihren Freistunden die Wirtschaft, bis sie durch eigene häusliche Sorgen gezwungen war, diese Fürsorge aufzugeben. Da packte ihn volle Verzweiflung und er beschloß, seinem elenden Dasein ein Ende zu machen. Eines Abends legte er die sorgsam angezogenen Kinder zum Schlafen aufs Bett, verschloß die Fenster fest, öffnete den Gashahn und legte sich dann selbst nieder. Während die Kinder ohne Zwischenfall einschliefen, verfehlte das Einatmen des Gases bei ihm seine Wirkung und er nahm noch etwas Sublimat, um sein Ziel sicher zu erreichen. Nachbarsleute, die durch den intensiven Gasgeruch aufmerksam gemacht worden waren, drangen in das Zimmer und fanden den Vater mit seinen beiden Kindern zwar noch lebend, aber in einem traurigen Zustand vor. Sie wurden nach dem Krankenhause Friedrichshain gebracht und es gelang, sie am Leben zu erhalten.

Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, so daß der Angeklagte freigesprochen wurde.

Ein Falschmünzerprozeß.

Eine der umfangreichsten Falschmünzeraffären wird zurzeit vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rehn verhandelt. Auf der Anklagebank sitzen 13 Personen: 1. Steindruckereibesitzer Franz Fuchs, 2. Steindrucker Paul Eichler, 3. Buchbinder Erich Gaßner, 4. dessen Frau, Cäzilie Gaßner, 5. Arbeiter Hermann Reschke, 6. Frau Frida Reschke, 7. Photograph Wilhelm Jorczik, 8. Fuhrunternehmer Willi Welzel, 9. Händler Max Goger, 10. Händler Leib Bernzweig, 11. Arbeiter Adolf Bernzweig, 12. Schankwirt Wilhelm Hebestreit, 13. Kaufmann Ludwig Wolff. — Es handelt sich um eine im großen arbeitende Fabrik falscher 50-Mark-Scheine, mit deren Aufdeckung die Fahndungsstelle der Reichsbank unter Leitung des Kommissars v. Liebermann seit Jahr und Tag eifrigst beschäftigt gewesen ist. Der Umsatz in Falschscheinen wird auf ungefähr 8 Millionen Mark geschätzt und auf dem Gerichtstisch liegen noch etwa 3½ Millionen beschlagnahmter Falsifikate, die noch nicht zur Ausgabe gelangt sind. Die Verhandlung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Auch weiter Quäkerspeisung in Neukölln. Die kürzlich veröffentlichten Meldungen über die Abreise der Quäker zur Hilfeleistung nach Rußland haben verschiedentlich den Eindruck erweckt, als ob mit diesem Zeitpunkte nunmehr auch die Speisungen selbst endgültig eingestellt seien. Diese Befürchtung ist grundlos. Die Speisungen werden vielmehr mit Unterstützung der deutschen Behörden zunächst bis zum 1. Juli d. J. weiter durchgeführt. Im Verwaltungsbezirk Neukölln bietet sich gegenwärtig noch für eine Anzahl werdender und stillender Mütter Gelegenheit zur Teilnahme und zwar werden Anmeldungen Werktags im Bureau der Quäkerküche, Bergstr. 55, in der Zeit von 9—2 Uhr entgegengenommen.

Berliner Papiermesse. Dem Landesverband Brandenburg im Reichsbund Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler ist es mit Hilfe und Unterstützung des Berliner Magistrats und der Berliner Handelskammer in letzter Stunde gelungen, geeignete Räumlichkeiten für seine Frühjahrsmesse zu erhalten. Die Messe findet nunmehr vom 25. bis 28. Februar im Gebäude der Landesversicherungsanstalt Berlin (ehemaliges Marinehaus) am Köllnischen Park 3, nahe Jannowitzbrücke, statt.

„Ein Konsortium für Scheckschwindel". Unter diesem Titel war in einem Bericht vom 11. Januar auch der Name eines gewissen Senkpiel als Mitglied des Betriebsrates der Firma Mol-Rab genannt. Jetzt bittet uns der Betriebsrat der Firma mitzuteilen, daß es unwahr sei, daß S. Mitglied des Betriebsrates war. Er war eine ganz kurze Zeit als Aushilfsarbeiter bei der Firma beschäftigt und wurde wegen Bummelei entlassen."

Beschwerden in Kleingarten-Angelegenheiten. Um die Durchführung einheitlicher Grundsätze im Kleingartenwesen zu ermöglichen, hält es der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin für unerläßlich daß Beschwerden über einzelne städtische Verwaltungsstellen, die unter Umgehung des Magistrats unmittelbar beim Oberpräsidenten eingereicht werden, von jetzt an zunächst dem Magistrat mit dem Anheimstellen übergeben werden, um von sich aus der Beschwerde abzuhelfen oder andernfalls dem Herrn Oberpräsidenten zu berichten. Der Magistrat macht deshalb darauf aufmerksam, daß Beschwerden in Kleingarten-Angelegenheiten an den Herrn Oberpräsidenten als Aufsichtsbehörde aus Gründen der Beschleunigung zweckmäßig beim Magistrat der Stadt Berlin, Zentral-Kleingartenamt, Berlin NW. 23, Klopstockstraße 24, einzureichen sind.

Umsatzsteuererklärung der Gewerbetreibenden und Angehörigen der freien Berufe für das Kalenderjahr 1921 müssen bis spätestens 31. Januar 1922 an das zuständige Umsatzsteueramt eingereicht werden. Auch diejenigen Personen sind dazu verpflichtet, die eine Aufforderung oder ein Formular nicht erhalten haben. Wer die Steuererklärung nicht oder verspätet einreicht, hat mit der Auferlegung eines Zuschlags, unter Umständen mit der Verhängung einer Ordnungsstrafe zu rechnen.

Deutsch-Schwedische Vereinigung. Anfang Februar beginnen neue schwedische Sprachkurse für Anfänger und Vorgeschrittene. Besprechung Montag, 30. Januar, 5 Uhr, im Gymnasium zum Grauen Kloster, C 2 Klosterstr. 74, vorderes Schulgebäude 2 Treppen. Nähere Auskunft erteilt Professor Kühne, NW 21 Dortmunder Str. 14. Allen Anfragen ist eine freigemachte Postkarte beizulegen.

Ein großes Nachmittags-Konzert zugunsten des Bundes erblindeter Krieger der Mark Brandenburg wird am Sonntag, den 22. Januar cr., im Beethovensaal unter Mitwirkung allerersterer künstlerischer Kräfte stattfinden.

Auskunft über Kirchenaustritt, Organisierung der Ausgetretenen, Gründung von Freidenkerortsgruppen, Lieferung von Gründungsmaterial, Freidenkerschriften aus eigenem Verlag, Referen- und Agitationsmaterial sowie der deutschen Freidenkerzeitschrift „Atheist" durch das Zentralsekretariat des Zentralverbandes proletarischer Freidenker Deutschlands, Dresden-A. 1., Al. Blauensche Gasse 49.

Oeffentliche Mieterversammlungen in Neukölln. Um zu der durch die Festsetzung der prozentualen Zuschläge geschaffenen Lage Stellung zu nehmen, finden am Sonntag, den 22. Januar, vormittags 9½ Uhr, fünf öffentliche Mieterversammlungen statt und zwar im 14. Verwaltungsbezirk. 1. Hohenstaufensäle, Berlin, Kottbuser Damm 76; 2. Neues Klubhaus, Schinkestraße, Ecke Hermannplatz; 3. Vereinsbrauerei, Hermannstraße 216; 4. Wolffs Gesellschaftshaus, Bipper-, Ecke Kirchhofstraße; 5. Beckers Gesellschaftshaus, Britz, Chausseestraße. Das Wohnungsamt und Vertreter des Magistrats sind dazu geladen.

Die Jugendweihe im 19. Kreis (Pankow, Niederschönhausen, Blankenburg usw.) findet am Sonntag, den 26. März, vormittags 11 Uhr, im Lyzeum, Görschstraße (Pankow) statt. Anmeldungen werden in den durch Plakate bezeichneten Geschäften unter Zahlung von 3 M. entgegen genommen. Der Vorbereitungsunterricht beginnt Anfang Februar.

Die Verhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier, die sich nach Kündigung des Manteltarifes notwendig machten, sind ergebnislos abgebrochen worden.

Ein Mord in Frankfurt a. M. Der in der Hochstr. 5 wohnhafte Zahnarzt Fred Buettner wurde gestern vormittag im Bett ermordet vorgefunden. Der Mörder hatte sein Opfer durch Knebelung erstickt und dann mit Stricken zusammengeschnürt. Die Tat dürfte schon vor fünf Tagen geschehen sein, zweifellos liegt Raubmord vor; vom Täter fehlt jede Spur.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Sonnabend, den 21. Januar:

Sozialdemokratischer Männerchor Berlin-Mitte. 8 Uhr Jahresgeneralversammlung im „Bürgerheim", Alte Schönhauser Str. 23/24.

Morgen, Sonntag, den 22. Januar:

49. Abt. Die Genossen versammeln sich zur Flugblattverbreitung bei Keufner, Hagelberger Str. 20.

102. Abt. Baumschulenweg. Früh 9½ Uhr Sitzung des Vorstandes mit den Funktionären bei Straubel (Schultheiß-Quelle), Baumschulenstr. 7.

Jungsozialisten. Wanderung der Gruppe Schöneberg-Friedenau nach Königswusterhausen. Treffpunkt morgens 6 Uhr Bahnhof Schöneberg.

SPD.-Chöre Prenzlauer Berg und Friedrichshain. Früh 9½ Uhr in der Brauerei Friedrichshain zur Eröffnung anwesend sein. Max Knappe. Sundermann.

Jugendveranstaltungen.

Bezirk Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Trp. Telephon Moritzplatz 121 08—121 10.

Heute, Sonnabend, den 21. Januar:

Der vierte Abend des Wanderleiterkursus findet heute abend 7 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt. Lichtbildervortrag: „Die Vorgeschichte der Mark". Alle Wanderleiter müssen zu dieser Konferenz erscheinen.

Morgen, Sonntag, den 22. Januar:

6. Kreis. (Halesches Tor). Ein Lichtbildervortrag findet morgen, Sonntag, den 22. d. M., im Jugendheim, Lindenstr. 3, über „Eine romantische Rheinreise" statt. Eintritt 1 Mark. Anfang 7 Uhr.

Aus der Partei.

Ein 95jähriger Parteiveteran. In Dahlhausen a. d. Ruhr beging dieser Tage der Genosse Leopold Ruben seinen 95. Geburtstag. In Trier geboren, erlernte er dort die Buchbinderei, wurde später Schiffer und fuhr danach über 30 Jahre in die Gruben des Ruhrbergbaues. Von frühester Jugend an betätigte er sich politisch. Er ist einer von den wenigen Lebenden, die zu Füßen Lassalles saßen. Oft wurde er wegen seiner politischen Gesinnung gemaßregelt, aber nichts konnte seine Kampfesfreudigkeit mindern. Bis zum heutigen Tage ist er der Partei treu geblieben und sein sehnlichster Wunsch ist es, die Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien zu erleben — bevor er die 100 überschreitet. Mit den Genossen seiner engeren Heimat wünschen auch wir dem alten Kämpen einen sorgenfreien Lebensabend.

Jean Martin gestorben. Im Alter von 54 Jahren ist der bekannte elsässische Partei- und Gewerkschaftsgenosse Jean Martin in Mülhausen im Elsaß gestorben. Er war als junger Bursche Schreiberlehrling beim Amtsgericht in Mülhausen, hat später in der Bewegung manche Gefängnisstrafe erlitten und ist auch während des Krieges wegen antinationaler Gesinnung vom Kriegsgericht verurteilt worden. Nach Verbüßung dieser Strafe mußte er das Elsaß verlassen und sich bis zur Beendigung des Krieges östlich vom Rhein aufhalten. Der Parteipresse hat er als Redakteur des Straßburger, dann des Mülhauser Parteiblattes und vor dem Kriege auch als Mitarbeiter des „Vorwärts" angehört.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Heute Sonnabend, den 21. Januar:

Volkshochschul-Hörerverein Schöneberg-Friedenau. Sonnabend, den 21. Januar, 8 Uhr, Schulgesangsaal Belziger Str. 48—52 in Schöneberg, öffentlicher Vortrag Stadtbibliothekar Dr. Henne über „Die Kunst zu lesen".

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Berlin 1. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 21. Januar, abends 8 Uhr, bei Kayser, Reichenberger Str. 154.

Bund zur Förderung der Pilzkunde. Geschäftsstelle Berlin-Steglitz, Albrechtstraße 159, pt. Vorm. 10½ Uhr im Biologischen Laboratorium des Instituts für Gärungsgewerbe, Berlin N. 65, Gerstr. 13, Hörsaal 2, Vortrag des Prof. Dr. P. Lindner über „Pilze und Gärungsgewerbe". Eintritt frei! Gäste willkommen.

Morgen Sonntag, den 22. Januar:

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden. In der Leibnizkirche, Charlottenburg, Karl-August-Platz, religiöse Feierstunde. Genosse Pfarrer Pfeifer spricht über das Thema: „Religion und die Frauen".

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Abt. Wedding. Jugendgruppe. Wanderung nach Erfner—Stöbritzsee. Abf. 7 Uhr Schles. Bahnh. Führer Wiegand.

Freireligiöse Gemeinde. Vorm. 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn P. Rogal: „Wie Gott wurde und verging". Harmonium: Vorspiel „Traviata" (Verdi). — Pappel-Allee 15, vorm. 11 Uhr, Vortrag des Herrn E. Däumig: „Die neue preußische Landeskirche". Gäste willkommen. — „Die Soziologie der Religion" wird in einem Arbeitsgemeinschaftskursus der Freireligiösen Gemeinde an 8 Abenden von Dr. P. Krische behandelt. Die Beteiligung am 1. Abend, an welchem der Animismus besprochen wird, ist frei. Der Kursus findet statt am Montag, den 30. Januar, Pappel-Allee 15, abends 7 Uhr, und den folgenden Montagen. Teilnehmerkarte für alle 8 Abende 6 M.

Bund religiöser Sozialisten Deutschlands. Abteilung Neukölln. Abends 6 Uhr in der Philipp-Melanchthon-Kirche, Neukölln, Kronsbdstr. 16—17, Proletarische Feierstunde. Pfarrer Lic. Dr. Auer-Charlottenburg spricht über das Thema: „Frieden". Außerdem Orgelsolo, Rezitationen, Chorvorträge. Eintritt frei! Alle Männer und Frauen des Proletariats sind zu dieser Feierstunde herzlichst eingeladen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Grippe tritt auch in diesem Winter in Deutschland wieder in ungewöhnlicher Stärke auf. Der beste Schutz gegen diese Krankheit besteht durch rechtzeitige Vorbeugung. Als Mittel sind die Emser Brunnen- und Quellenprodukte (Pastillen und Salz) zu erwähnen.

Wetter bis Sonntag mittag. Meist bewölkt mit vereinzelten leichten Schneefällen bei anhaltender Kälte und frischen östlichen Winden.

Der Mordplan des Grafen Schlieffen.

Görlitz, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Verhandlung wird um 9¼ Uhr wieder eröffnet. Der Vorsitzende verliest 27 Schuldfragen. Darauf nimmt der Oberstaatsanwalt Dr. Otto als Anklagevertreter das Wort. Er führt aus. Mordpläne werden ja alle Tage geschmiedet und Morde kommen immerzu vor. Als unerhört sei es aber zu bezeichnen, wenn Leute dieses Standes sich mit der Ausführung so schwerer Verbrechen beschäftigten. Die Gräfin stammt aus einem angesehenen Hause in Schlesien. Die erste Schiebung, deren sie sich schuldig machte, war der Erwerb von Rochusberg in Sagan. Später erwarb sie das große Gut Pulvermühle, das zu bewirtschaften sie gar nicht in der Lage war. Den jungen Grafen Heinrich ließ sie ohne Grund mit 18 Jahren für volljährig erklären. Dann erwarb sie das Gut Herzogswalde. Auch das vermochte sie nicht zu halten. Ihre Geldmittel verringerten sich. Auch auf Waldschloß Schönberg wurde drauflos gewirtschaftet. Nun wollte es das Unglück, daß in das Haus der gräflichen Familie der Angeklagte Rössel kam, ein gewerbsmäßiger Schieber, in dem hatte die Familie, die sich immer wieder über die ungerechte Vermögensverteilung unterhielt, den Mann gefunden, eine bereits geplante Tat zu vollführen. Rössel erhielt für die Ausführung der Tat 500 000 M. versprochen. In Stentschke fand er einen Menschen, der ohne Arbeit zu viel Geld kommen wollte. Diese Gelegenheit wollte sich Stentschke, ein verwahrloster Mensch, der jeder ehrlichen Arbeit aus dem Wege geht, nicht entgehen lassen, und so machte er mit Rössel gemeinsame Sache. Schließlich tat Stentschke nicht mehr mit. Er suchte aber Kapital aus seiner Mitwisserschaft zu schlagen und teilte dem Mecklenburger Grafen den ganzen Plan mit. Er erhielt 2000 M. Er lehnte zwar zunächst ab, schrieb aber andern Tags dem Grafen einen groben Brief. Der Graf übergab nun die Sache einem Detektivbureau und die Geschichte nahm den bekannten Gang. Nun das Maß der Schuld für die einzelnen Angeklagten.

Der Graf ist schuldig der Aufforderung zum Morde

und des unberechtigten Besitzes der Waffen, aber er ist nicht das Haupt der Angeklagten. Der Mann suchte seine Mutter zu entlasten. Die Gräfin ist eine Person, die ihr Vorhaben bedenkenlos durchzuführen versuchte. Ihr Haß gegen die Verwandten in Mecklenburg ergab sich daraus, daß ihr von dort Geldmittel vorenthalten wurden. Die Gesellschafterin ist die treueste Stütze des Haushalts. Sie ist der Gräfin willenlos ergeben und handelt so, wie ihre Herrin es will. Der Staatsanwalt glaubt nicht, daß die Geschworenen bezüglich ihrer Person zu einem Schuldig kommen werden. Der Staatsanwalt beschäftigt sich nun mit dem Angeklagten Rössel, den er in allen Fragen schuldig findet. Auch für den Angeklagten Stentschke treffe das zu. Der Anklagevertreter geht nun noch auf die einzelnen Schuldfragen ein und bittet am Schluß seiner fünfviertelstündigen Ausführungen die Geschworenen diese oder jene Schuldfrage zu bejahen oder zu verneinen. Danach kommen

die Verteidiger

zu Worte. Zunächst der Anwalt des Grafen und der Gräfin Rechtsanwalt Bellert. Er geht des Näheren auf die Jugendjahre des angeklagten Grafen Heinrich ein und zeigt, unter welch mehr oder weniger unglücklichen Verhältnissen er aufgewachsen ist. In die Kindheit des Grafen fällt die Scheidung der Eltern. Die frühzeitige Volljährigkeitserklärung war für den Grafen ein Unglück. Die Anschauung des Staatsanwalts, daß die Gräfin mit dem Güterankauf und Verkauf Schiebergeschäfte getrieben hat, ist nicht richtig, denn sie hat immer wieder Geld zugesetzt. Im Frühjahr 1921 konnte sie die Schuldenzinsen nicht mehr zahlen. Sie versetzte Familiensilber. So reifte denn schließlich der Plan, den alten Grafen Schlieffen und seinen Sohn in Mecklenburg zu beseitigen und sich in den Besitz des Majorats zu setzen. Die beiden Angeklagten, der Graf und die Gräfin, seien wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Ihre Lage ist jetzt so, daß sie beide über irgendwelche Mittel nicht mehr verfügen. Zum Schlusse der einstündigen Ausführungen erörterte der Verteidiger noch die Schuldfragen. Er bittet die Geschworenen angesichts des Geständnisses des Grafen Milde walten zu lassen und beiden Angeklagten mildernde Umstände zugute zu halten.

Rechtsanwalt Dr. Görcke als Verteidiger der Angeklagten Rups verweist auf die Ausführungen des Oberstaatsanwalts betreffend ihrer Person, und bittet schließlich, die Fräulein Rups betreffenden Schuldfragen zu verneinen.

Rechtsanwalt Sommer verteidigt den Angeklagten Rössel. Er führt aus, daß er in erster Linie nur die Rechtsfrage behandeln wolle. Wenn der Angeklagte auch in anderer Weise unsaubere Geschäfte gemacht hat, so ist damit noch lange nicht erwiesen, daß er auch ein Mann einer Tat ist, wie sie die Anklage behauptet. Er hat an den verschiedensten Stellen unglaublich renommiert. Es ist eine altbekannte Tatsache: wer viel redet, vollbringt keine Taten. Und Rössel hat unglaublich viel geredet. Er hat ihm unbekannte Personen ohne weiteres in den Mordplan eingeweiht. Das tut niemand, der ein solches Verbrechen ernsthaft auszuführen gedenkt. Es kam ihm nur darauf an, Geld und immer wieder Geld von dem Grafen zu bekommen. Wenn die Herren Geschworenen den Angeklagten des Betruges schuldig finden, kann er auch nicht wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz bestraft werden, in dem Sinne, wie die Anklage es fordert. Er hat sich in diesem Falle nur den Sprengstoff beschafft als Kulisse zu seinem Tun. Der Verteidiger bittet, alles das zu berücksichtigen und den Spruch entsprechend zu fällen.

Der Verteidiger des Angeklagten Stentschke, Rechtsanwalt Dr. Macdonald bemerkte, daß Stentschke bei der Verhandlung sehr schlecht weggekommen sei. Stentschke sei ein Phantast und neige zur Lügenhaftigkeit. Dies muß berücksichtigt werden und man darf in dieser Hinsicht nicht den Maßstab anlegen wie bei vollständig normalen Menschen. Daß es Stentschke nicht ernst war mit der Ausführung des Mordplanes, geht daraus hervor, daß die Sache von Rössel und Stentschke auf der belebten Weidendammer Brücke in Berlin besprochen wurde, und daß zur Ausführung der Tat ein Tesching gewählt wurde, also eine Waffe, mit der man Vögel schießt, nicht aber Menschen. Der Verteidiger bespricht dann weiter die einzelnen Vorgänge und bittet um mildernde Umstände für die Angeklagten.

Nach einer zweistündigen Mittagspause nimmt noch einmal der Anklagevertreter das Wort und es kommt infolgedessen zu einer juristischen Auseinandersetzung zwischen ihm und der Verteidigung. Nach einer längeren und gründlichen Rechtsbelehrung der Geschworenen durch den Vorsitzenden ziehen diese sich gegen 5¼ Uhr zur Beratung zurück.

Um 5½ Uhr zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Sie dauerte zwei Stunden.

Der Wahrspruch der Geschworenen.

Graf Heinrich von Schlieffen wird schuldig befunden, zur Begehung einer Mordtat aufgefordert zu haben und im Besitze von Militärwaffen gewesen zu sein, und der Aufforderung zur Begehung von Gewalttätigkeiten. Mildernde Umstände werden ihm zugebilligt. Die Gräfin von Schlieffen wird der Aufforderung und Vorbereitung zum Morde für schuldig befunden. Die Frage der Beteiligung der Stütze Rups wird verneint. Der Angeklagte Rössel wird der Aufforderung und Vorbereitung zur Begehung eines Verbrechens, des Mordes, für schuldig befunden, desgleichen schuldig des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz. Der Angeklagte Stentschke wird schuldig befunden der Aufforderung und Vorbereitung eines Verbrechens des Mordes und des unrechtmäßigen Besitzes von Militärwaffen.

Der Strafantrag des Oberstaatsanwaltes.

Der Oberstaatsanwalt beantragt gegen die Gräfin die Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf dieselbe Dauer. Gegen den Grafen lautet der Antrag auf 3 Jahre 3 Monate Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre. Gegen Rössel beantragt der Oberstaatsanwalt 8 Jahre Zuchthaus und Aberkennung der Ehrenrechte auf 7 Jahre und Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen Stentschke endlich auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis. Er stellt anheim, allen Angeklagten die erlittene Untersuchungshaft anzurechnen. Die Angeklagte Rups ist nach dem Spruch der Geschworenen freizusprechen.

Das Urteil.

Es wird nun erkannt gegen 1. die Gräfin auf 2 Jahre Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren. Die Untersuchungshaft wird nicht angerechnet; 2. gegen den Grafen Heinrich Schlieffen wird auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis erkannt, 5 Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ist Abstand genommen. 3. Gegen Rössel wird auf eine Gesamtstrafe von 3 Jahren Gefängnis erkannt, so daß 8 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Die Ehrenrechte werden ihm auf 3 Jahre abgesprochen. Von einer Stellung unter Polizeiaufsicht nimmt das Gericht Abstand, weil es diese Maßnahme für zwecklos hält. Der Angeklagte Stentschke wird zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. 8 Monate werden auf die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet. Im übrigen wird ihm für den Rest der Strafe auf 3 Jahre Strafaufschub bewilligt und die Strafe ganz erlassen, wenn er sich innerhalb dieser Zeit einwandfrei führt. Die Angeklagte Rups wird freigesprochen. Die Kosten des Prozesses tragen die Verurteilten zu ihren Teilen und im übrigen die Staatskasse.

Die Gräfin und ihr Sohn nehmen das Urteil resigniert entgegen, während Rössel und Stentschke sich sehr niedergeschlagen zeigen. Auch die Stütze Rups ist in Tränen aufgelöst. Sie hat ihr Leben der gräflichen Familie gewidmet, ohne Lohn zu erhalten, und muß nun ihr weiteres Dasein von neuem beginnen.

*

Der Angeklagte Stentschke wurde vom Staatsanwalt als ein verwahrloster Mensch bezeichnet, der herumbummelt und jeder ehrlichen Arbeit aus dem Wege geht. Diese Kritik muß wohl richtig sein, denn Stentschke war einige Zeit Mitglied des berüchtigten Freikorps Aulock, dessen Angehörige ja ebenso wie die der übrigen Freikorps von unseren Nationalisten als „teutsche Heldenjünglinge" verhimmelt wurden.

Es fällt übrigens auf, daß der Staatsanwalt bemüht ist, die nichtgräflichen Angeklagten — mit Ausnahme der Gesellschafterin Rups — als besonders schwere Verbrecher hinzustellen. Jeder, der den Prozeß aufmerksam verfolgte, wird zu der Ansicht gekommen sein, daß der Graf Hans Heinrich, dem ja der Löwenanteil nach dem Gelingen des Verbrechens zufallen sollte, als intellektueller Urheber des Mordplanes mindestens ebenso verbrecherisch gehandelt hat wie Rössel und Stentschke. Doch wer kennt sich in der abgrundtiefen Logik unserer Juristen aus.

*

Wir hatten gestern morgen die sonderbare Berichterstattung der „Deutschen Tageszeitung" im Schlieffen-Prozeß gekennzeichnet. Das Blatt hatte die Absicht, außer einigen kurzen Mitteilungen über den Prozeßbeginn nur das Urteil wiederzugeben. In der gestrigen Abendausgabe hat die „Deutsche Tageszeitung" nun entgegen ihrer ursprünglichen Absicht es doch für nötig befunden, ihren Lesern einiges über die Schuldfragen im Prozeß Schlieffen mitzuteilen. Im Anschluß daran eröffnet sie eine Schimpfkanonade gegen den „Vorwärts", was wir ihr aber nicht übel nehmen, da aus jeder Zeile ihre Verlegenheit herausguckt.

Wirtschaft

Eine falsche Rechnung.

Ganz gleich, wie man zur Preispolitik in der Landwirtschaft steht, kann es doch als allgemein anerkannte Forderung gelten, daß die landwirtschaftliche Erzeugung im Inland mit allen Kräften gesteigert werden muß. Jede Tonne Getreides, die im Inland mehr erzeugt wird, erspart nach dem heutigen Preisstand z. B. für Roggen rund 180 Goldmark, die sonst in Devisen aufgebracht werden müssen und die Handelsbilanz Deutschlands belasten würden. Mit Recht steht also die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Vordergrunde des Interesses. Es ist nur bedauerlich, daß die Landwirtschaft ihrerseits so wenig Verständnis den Forderungen der Verbraucher entgegenbringt, die verlangen, daß unter allen Umständen die Ackerfrucht so billig als möglich sein muß, und daß die Ueberteuerung des Getreides und auch der Kartoffeln sich letzten Endes gegen ihre eigenen Interessen wendet.

Wie wenig Verständnis die Landwirtschaft für diese Forderungen hat, ist bekannt. Um die Aufhebung der ihr verhaßten Zwangswirtschaft zu erzielen, hat sie selbst die Kalipreiserhöhungen begünstigt, also ihre eigenen Produktionsmittel verteuert. Sie hat den Plänen des Genossen Otto Braun, die die Versorgung mit billigen künstlichen Düngemitteln gewährleisten sollen, brüsk abgelehnt und bekämpft. Genosse Braun führt jetzt in der Landbundpresse den Ehrentitel „Migela", was in altteutschem Deutsch heißen soll Minister gegen die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft macht also lieber die Verteuerung ihrer eigenen Produktionskosten mit, ehe sie ihr Streben nach dem Weltmarktpreise aufgibt. Die Produzenten künstlicher Düngemittel aber denken natürlich nicht daran, in ihren Preisforderungen nachzulassen, wenn die Agrarier ihnen diese aus ihren reichen Einnahmen glatt bewilligen. Wie weit sie sich dabei in ihren Anschauungen versteigen, dafür liefern sie selbst ein treffendes Beispiel, indem sie die neuerlichen Preiserhöhungen für schwefelsauren Ammoniak, dem wichtigsten Stickstoffdüngemittel, zu begründen suchen. Es heißt darin wörtlich:

„Gegenüber den verschiedentlich laut gewordenen Klagen über zu hohen Preis des schwefelsauren Ammoniaks sei darauf hingewiesen, daß der gegenwärtige Preis festgelegt worden ist unter Hinzuziehung sachverständiger Vertreter der Landwirtschaft, die sich davon überzeugt haben, daß die kürzlich eingetretene Preiserhöhung berechtigt ist. Die Preiserhöhung war bedingt durch die erheblichen Lohnsteigerungen, die Erhöhung der Kohlenpreise um rund 60 Prozent und die Steigerung der Frachten im Ausmaße von 50 Prozent der bereits im November bedeutend erhöhten Frachten. Hierzu kam noch, daß die zur Herstellung des schwefelsauren Ammoniaks erforderliche Schwefelsäure — zu 100 Kilogramm schwefelsaurem Ammoniak gehört die gleiche Menge Schwefelsäure — im Preise um mehr als das Doppelte stieg. Der gegenwärtige Preis des schwefelsaurem Ammoniaks von 270 M. für den Zentner ist ungefähr 20mal so hoch wie der Friedenspreis, aber es dürfte kaum ein landwirtschaftliches Erzeugnis in Deutschland geben, dessen heutiger Preis unter dem 20fachen des Friedenspreises steht. Im Frieden kostete z. B. in Deutschland 1 Zentner schwefelsaures Ammoniak ungefähr 13,50 M., 1 Zentner Weizen ungefähr 10,50 M. Hieraus ergibt sich, daß der Landwirt für 1 Zentner schwefelsaures Ammoniak 129 Pfund Weizen liefern mußte. Heute kostet 1 Zentner schwefelsaures Ammoniak rund 270 M., 1 Zentner Weizen rund 320 M. Der Landwirt braucht also für 1 Zentner schwefelsaures Ammoniak nur 84 Pfund Weizen zu liefern. So liegen die Verhältnisse im Inlande. In England kostet heute schwefelsaures Ammoniak 13,15 Pfund gleich 275 Schilling für 1 englische Tonne, während der Preis für Weizen 50 Schilling für je 504 Pfund beträgt. Der Landwirt muß also für 1 Zentner schwefelsaures Ammoniak 124 Pfund Weizen liefern. In Amerika kostet heute 1 Zentner schwefelsaures Ammoniak 287 Zents, 1 Zentner Weizen 234 Zents. Der Landwirt muß also für 1 Zentner schwefelsaures Ammoniak 123 Pfund Weizen liefern. Hieraus ergibt sich, daß sowohl der englische Landwirt, der für 1 Zentner schwefelsaures Ammoniak 124 Pfund Weizen, als auch der amerikanische, der für 1 Zentner schwefelsaures Ammoniak 123 Pfund Weizen zu liefern hat, sich sogar noch in einer ungünstigeren Lage befindet als der deutsche Landwirt, der für 1 Zentner schwefelsaures Ammoniak nur 84 Pfund Weizen zu liefern braucht."

Die Stickstoffproduzenten verfahren nach dem beliebten Muster, einfach die Vorkriegspreise und die Auslandspreise in Gold oder in diesem Falle in Getreide ausgedrückt, zu vergleichen. Ganz abgesehen davon, daß dieser Vergleich schon darum hinkt, weil wir von den Goldlöhnen und von den Goldpreisen für Kohle noch herzlich weit entfernt sind, ergibt sich dabei noch ein anderer höchst bedenklicher Rechenfehler. Als zum Zwecke des Völkermordes die Stickstoffproduktion in Deutschland auf das Haler-Verfahren umgestellt wurde, verkündete man laut, daß nun die Gestehungskosten der Stickstoffindustrie auf ein Drittel gesenkt würden. Folgerichtig durfte, von allem anderen abgesehen, heute der Stickstoffpreis, der vor dem Kriege je Doppelzentner 129 Pfund Weizen war, nur 43 Pfund Weizen betragen, er beläuft sich aber auf 84 Pfund Weizen! Diese Tatsache allein erklärt, warum der Stickstoffkonzern im vorigen Jahre seinen Aktionären eine Milliarde an Bezugsrechten zuwenden konnte. Sie sollten auch der Landwirtschaft zu denken geben, die einer solchen Preisregelung zustimmt, noch mehr aber der Regierung, wenn sie das Ziel der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung durch billige Stickstoffdüngemittel erreichen will.

Zum alten Preise
wird Süßstoff immer noch geliefert, dabei war er stets sehr billig. Er ermöglicht der Hausfrau gute Ersparnisse, ist auch praktisch und bekömmlich. Wer ihn richtig verwendet, wird ihn nicht mehr entbehren wollen.
Machen Sie bitte einen Versuch!
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogengeschäften und Apotheken.

Krause Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstr.

Münzen Sammlungen kauft Sall, Berlin Wilhelmstr. 45/7
Münzen Handlung.

G. SINOWJEW:
Alte Ziele - Neue Wege
(Ueber die proletarische Einheitsfront)
INHALT: Vor einer neuen Welle / Um die Frage der Einheitsfront / Der Stand der Frage in den verschiedenen Ländern Auf die Gefahren achten
31 Seiten Preis brosch. 2,— M. (Organ. 1,50 M.)
Die Taktik der Kommunistischen Internationale
(Rückblick auf die Arbeiten des III. Weltkongresses der K. I.)
Die allgemeine Linie der K. I. / Die rechten und die linken Tendenzen. Deutschland / Italien / Frankreich. Tschechoslowakei / Schlußfolgerungen
77 Seiten Preis brosch. 5,— M. (Organ. 3,50 M.)
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

Reimoweth
Kleine Frankfurter Straße 1
kauft zu enorm billigen Preisen
Gold-, Silber-, Platin-
Bruch und Gegenstände

Herrenmoden
nur nach Maß gegen 3-4 Monate Ziel.
Offerten und Vertreterbesuch auf Wunsch.
Wil y Palm N. 24, Friedrichstraße 114a. Telefon: Amt Norden 67.8.

Zinn, Blei
Lagermetall
und sämtliche Altmetalle
kauft
Metallschmelzwerk
Waldemarstraße 74.
Telephon Moritzpl. 9935

Zähne von 8 M. Erstkl. Ausführ., 5 J. Garantie. Umarbeitg. a. t. Gebisse. Reparatur of Goldkronen, Brück Teilzahl. 9—7 Sonntags 9-1
Hempel, Dentist, Linienstr. 220 nahe Schönhauser Tor.

Musiker f. alle Gelegenheiten stellt die Ortsverwaltung d. Deutschen Musiker-Verbandes. Kaiser-Wilhelm-Str. 31, Norden 988.

Echte extrastarke Waltharius Hienfong-Essenz mit Kräut dest. u. Zus. v. äth. Oel. 12 Fl. M. 30, 18 Fl. M. 17. Herst. Lab. E. Walther, Halle/S.-Trotha 143.

Anzüge, Schlüpfer, Cutaways, Gehrock-Anzüge
aus erstklassigen Maßstoffen. Roßhaar-Selbstverarbeitung, prachtvoller Sitz, jeder Maßarbeit gleich, in riesiger Auswahl. Verkauf zu fabelhaft billigen Preisen nur im
Leihhaus Brunnenstr. 5 direkt am Rosenthaler Tor

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Die Vögel
7½ Uhr

Schauspielhaus
Othello
7½ Uhr

Deutsch. Theat.
7½: Ein Traumspiel
Sonntag 2½: Frühlings Erwachen
7½: Tartüff, Scapins Schelmenstreiche

Kammerspiele
8: Anatol
Sonntag 2½: Ostern
8: Anatol

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7½: Orpheus in der Unterwelt
Sonntag 7½: Orpheus in der Unterwelt

Theater i. d.
Königgrätz. Str.
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue

Komödienhaus
Allabendlich 7.30 Uhr:
Karussell
mit
Maria Orska, J. Riemann, G. Alexander

Berliner Theat.
Täglich 7.30 Uhr
Prinzessin
Olala
Ralph Arthur Roberts
Emmy Sturm
Herb. Kiper, Wally Koch

Central-Theater
7½ Uhr: **Das Detektivmädel**
Deutsches Opernhaus
7½ U.: **Der flieg. Holländer**
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ U.: **Der Waffenschmied**
Intimes Theater
8: Die badende Nymphe
Eingrausig. Experiment
Gustave, es blitzt
Klein. Schauspielhaus
7½ Uhr **Die Mütter**
Lustspielhaus
8 Uhr: **Der Werwolf**
Metropol-Theater
7½: **D. Straßensängerin**
Neues Operetten-Th.
8 Uhr: **Königin d. Nacht**
Neues Operettenhaus
8 Uhr: Einmal kommt die Stunde ...
Neues Theater am Zoo
8 Uhr: **Annette**
Neues Volkstheater
7½ Uhr: **Heuchler**
Schiller-Th. Charlbg.
3.15: Pr. Friedr. v. Homburg
8 Uhr: **Im weißen Rößl**
Schloßpark-Th. Steglitz
Schloßstr. 4a
Kleines Haus
7½ Uhr: Extemporale
Großes Haus
7½ Uhr: **Femina**
Thalia-Theater
7½ Uhr: Die Herren von und zu ...!
Theat. am Nollendorfpl.
2½: Der Traum ein Leben
7½: **Die Ehe im Kreise**
Theater des Westens
4: Hänsel u. Gretel
7½ U.: **Der Tanz ins Glück**
Th. i. d. Kommandant. Str
(Jüd. Künstler-Th.)
7½ U.: Der Dorfjunge
Wallner-Theater
7½ Uhr: **Die Spitzenkönigin**
Walhalla-Theater
8 Uhr: Die Mondscheindame

Residenz-Theat
Täglich 7½ Uhr:
Das weite Land
Irene Triesch, Arnold, A. Korff, Schönfeld, Schroth
Sonnab. 4 U. kleine Pr.: Max und Moritz

Kleines Theater
Täglich 7½ Uhr:
Jaqueline
Carola Toelle, Jul. Falkenstein, Hans Albers, Werkmeister, Kinder
Sonnab. 4 U. kleine Pr.: Schneewittchen

Trianon-Theat.
Täglich 8 Uhr
Elga
(Tilla Durieux, K. Veidt, Becker, Klein, Salinger)
Sonnab. 4 U. kl. Preise: Hänsel und Gretel

Theater d. Ostens
(Rose-Theater)
3½ Uhr: Rotkäppchen
7½ Uhr:
Verlorenes Glück
(Spreeathener)

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
Zum 1. Male 7½ Uhr:
Ueber die Kraft
I. Teil

Lessing-Theat.
Heute bis Montag 7½:
Die rote Robe

Deutsches Künstler-Th
Allabendlich 7½:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert)

Komische Oper
7¾ · 7¾
Dir. Jam. Klein
Die große Revue
Der Herr der Welt
Keine Bühne der Welt biet. solche Prachtausstatt. und Namen berühmt. Darstell.
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Gura
Wilh. Hartstein
Franz Groß
P. Westermeyer
L. Werkmeister
75 Damen-Ballett!
Vorverkauf ununterbrochen

Russ.-Deutsch. Theater
„Der blaue Vogel"
Goltzstraße 9
Nollendorf 1613
Anfang 8½ Uhr
Vorstellung allabendlich!!

Apollo-Theater
7½ Uhr · 7½ Uhr
Dir. Jam. Klein
Die Ausstattungs-Varieté-Schau
Rund um die Welt!
10 Akte in verschiedenen Ländern
Im chinesischen Freudenhause
Auftreten der Chung-Hai-Truppe!
Natschas Wüst.-Dressuren
i. d. Hauptrollen:
Else Berna
Oscar Sabo
Martin Kettner
Fritz Steidl
Else Reval
Alfred Walters

FOLIES CAPRICE
Linienstr. 132
am Oranienburger Tor
Täglich 7½ Uhr:
D. Liebeskanapee
Das Käuzchen
Die falsche Nummer
Frd. Grünecker, R. Beral

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Tägl. 7½.
Nur noch bis 27. Januar
Der Weg z. Glück
Ab Sonnabend, 28. Jan.
Die neue Berliner Posse
Familie Gänseklein
Stg. 3½: Geständnis

Tägl. 8 Uhr · Internat.
SCALA
Varieté
Sonnt. 3½ z. halb. Pr. d. voll. Progr.

Nur noch wenige Tage!
HAGENBECK
Potsdamer Straße :: Fernruf Lützow 8271.
2 Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen **2**
nachmittags 3 und abends ½8 Uhr
In diesen beiden Familien-Nachm.-Vorstellungen, deren Programm sämtl. unvergleichlich Dressurgruppen u. artistisch. Nummern jedoch **keine Ringkämpfe** enthält, zahlen Kinder halbe Preise!
Ab ½9 Uhr abends: **Internationale Meister-Ringkämpfe im Mittel- und Schwergewicht**
Vorverkauf Tietz u. Hagenbeck-Kasse.

CIRCUS BUSCH
Tägl. 7½, Sonnt. a. 3 U.
Parole I. Sonntag!
2 × Circus Busch
3 U. nchm. 1 Kind frei
Robinson Crusoe
7½: Circ.-Sen. at. u.
Die Schlange der Burg

Admirals-Palast
Keine Vorstellung
1. Redoute
Morg. 3½: Abrakadabra
7½: Futur. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant im Gewächshaus schloß

METROPOL VARIETE
Behrenstraße 54
7½ Uhr:
11 Attraktionen!

WINTERGARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet

Theat. a. Kottb. Tor
Zrl. Moritz 10077
Tägl. 7½ Uhr.
Sto. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
10 Herren!
Witz! Komik!
Nm. halb. Preise
Vorv. 11-1½ u. 4-6

ReichshallenTheater
Allabendlich 7½ Uhr u. Sonnt. nchm. 3 U.
Stettiner Sänger
Nachm. halbe Pr.
Dönhoff-Brettl:
Anf. 7½ Uhr

Armee-Pistolen
Mauser 7,63 kaufen zu höchst. Preis. od. tauschen geg. neue 6.35 oder 7.65
Waffenfrankonia, Würzburg (Bayern)

Jeder Notgeldsammler
der sich ständig über die Anschaffungskosten seiner Sammlung klar sein will, sollte sich das in meinem Verlage erschienene
Merkbuch für Notgeldsammler
112 Seiten stark, zum Preise von M. 24.-, für M. 26 Sbportofr. eservieren Verlangen Sie bitte Prospekt Einiges über Notgeld" geg. Einsendung von M. 1.— portofrei.
Victor Engelmann, Kiel.

Möbel
noch zu **billigen Preisen** solange Vorrat reicht
Bar od. Teilzahlung
bei kleinster An- und Abzahlung
Bürgerliche
Wohnungseinricht.
Wohnzimm., Schlafzimm., Speisezimm., Herrenzimm.
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. ausw. Lagerung kostenl.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Fil. Badstr. 47/48
3 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/14
Heute Sonnabend, 21. Januar:
Bockbier-Fest
Großer
Alpenball
8 Kapellen
Einlass 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Raucherdank! Was sich Mittel d. Rauchen ganz od. teilw. einzustellen Wirkung verbl. Ausk. ums. Vers. sanit. Art Gg. Englbrecht München R 146, Kapuz. Str. 9

Zinn
Gold-, Silber-Bruch,
Quecksilber,
Blei, Kupfer, Platin usw.
kauft zum Engrospreise Scharnow, Lange Str. 35 am Schlesischen Bahnhof

Echt Jamaika-Verschnitt **Rum** ⅟₁ Fl. M. **56.—**
Derby-Cognac
Echt Handicap- **Allash** ½ Liter-Fl. **39.—**
Alt. Sherry schwer süßer **Malaga**
Rüdesheimer-Nahe-Wein Fl. 18.— ohne Steuer
Große Auswahl in besser. Rheinweinen
besonders 1917er
J. F. Rauch
Literware an Gastwirte und Wiederverkäufer i. d. Engros-Abteilung, N 4, Bergstr. 34
Dorotheenstr. 69 · Invalidenstr. 161, Eckh.
Potsdamer Str. 54, Hof · Brunnenstr. 174, Eckh.
Gontardstr. 4, Alexandpl. · Gr. Frankfurter Str. 112
Friedrichstraße 11 · Schönhauser Allee 178

Aktiengesellschaft vorm.
SEIDEL & NAUMANN
DRESDEN
Vertreter: Emil Halbarth
BERLIN W 8, Friedrichstraße 55a
TELEPHON: Zentrum 10440

Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher davon überzeugen, daß Sie durch uns bezogene **Anzug-, Paletot-, Hosenstoffe** sowie **Damentuche** unbedingt Vorteile haben. Verlangen Sie sofort Muster, welche wir franko an jedermann versend.
Lehmann & Aßmy
Spremberg i. L. 62.
Aeltestes Tuchversandhaus mit eig. Fabriken.

Möbel
Bar **Teilzahlung**
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer sowie Einzelmöbel und farbige Küchen
kaufen Sie heute noch sehr
billig
weil ich noch sehr große alte Lagerbestände besitze, die ich billiger verkaufe, als ich dieselben heute einkaufen würde. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern
Beiser Lothringer Strasse 67

Anzüge
für
Strasse und Gesellschaft
Schlüpfer u. Paletots

nur aus guten Stoffen auf das Modernste verarbeitet
zu bekannt billigen Preisen
M. BURGHER
Britzer Straße 20,
Nähe Kottbuser Tor

Die höchstzahlende Stelle
der führenden Firmen!
Brillanten
Perlen, Juwelen jeder Art, Platin-, Gold-, Silber- (Bruch u. Gegenstände), goldene Uhren, Ketten, Ringe, Münzensammlungen, insbes. große Objekte, sofortige bare Auszahlung ohne Rücksicht der Höhe. Verlust erleiden Sie stets, wenn Sie nicht zu uns kommen! Pfandscheine lösen ein und zahlen den Wert zu.
„Berliner Juwelen-Verwertungsstelle"
1. Spezialgeschäft f. d. den Ankauf großer Objekte
Laden part. **Lützowstr. 92** Laden part.
ein Haus vor der Potsdamer Straße, neben der Konditorei
Geöffnet von 8-7 Uhr

SPD. 111. Abteilung Bohnsdorf.
Am Mittwoch verstarb im 57. Lebensjahre unser Genosse
Gustav Kast
Falkenhorst, Schulzendorfer Str.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung heute Sonnabend, nachm. ... Uhr, auf dem Friedhof Berlin-Oberschöneweide (nicht weit vom Elisabeth-Hospital)

Bezirksvbd. Berlin (SPD.)
12. Abteilung.
Unser Genosse, der Installateur
Otto Dolz
Waldstr. 30, ist im Alter von 55 Jahren verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Einäscherung Montag, nachm. 3½ Uhr im Krematorium Gerichtstraße. 86b
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Abt.-Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drücker
Georg Karbe
am 9. 1. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabd., den 21. Januar, nachm. 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Anstalts-Friedhofes in Buch aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Rohrleger
Alb. Schady
am 12. Januar verstorben ist.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, 21. Januar, nachm. 3½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet 11/2
Die Ortsverwaltung.

Möbelfabrik „Hoffnung"
Eingetrag. Genossenschaft m. beschränkter Haftpflicht Berlin, Krautstraße 52
Sonnabend, den 18. Februar cr., nachm. 1 Uhr, im Geschäftslokal:
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Bilanz. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrats. 86b
Der Vorstand
Karl Schmidt
Wilhelm Langer.

Die
Abtreibung der Leibesfrucht
von Univ.-Professoren A. Grotjahn u. G. Radbruch
Wichtig
für Eheleute, Aerzte und Hebammen
Preis M. 3.—
Buchhandlg. Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 3

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.
Sonntag, den 22. Januar, vorm. 10 Uhr:
Versammlung
aller im Tiefbau beschäft. Metallarbeiter
in der Schulaula Koppenplatz 12.
Die Ortsverwaltung.

Kaufe Altzink
Neuzink, Altblei, Messing, Kupferabfälle
zu Engrospreisen nur von Fabrikanten selbstständigen Gewerbetreibenden ab jeder Station. Berlin freie Abholung.
Siegfried Bauer, Berlin S 14
Stallschreiberstr. 55. Fernspr.: Mpl. 13772

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1.50 M. Das fettgedruckte Wort 3.00 M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das 1. Wort (fettgedruckt) 1.50 M., jedes weitere Wort 1.00 M. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags in der Hauptexpedition des Vorwärts, Berlin, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Die Hauptexpedition ist wochentags von morgens 9 Uhr bis abends 5 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Verkäufe

Staunenerregend! Sämtliche Pelzwaren wegen vorgerückter Saison jetzt zu ganz bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Räumungspreisen! Keine Versatzwaren. Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauerstraße 7.

Auf Teilzahlung Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer. Moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Rosenthalerstraße 22a, Nähe Rosenthalerplatz. Geöffnet 9—7.

Sibirischer Wolf, Prachtexemplar, 675. Schöner Zobelfuchs 875, außerdem Kreuzfuchs, Silberfuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstraße 44II, Ecke Kommandantenstraße.

Silberfüchse 400.—, Kreuzfüchse 300.—, Wölfe 400.—. Weißfüchse, Zobel-, Alaskafüchse, Skunks, Marder enorm billig. Pelzmäntel 2000.—, Sportpelze 800.—, Gehpelze. Ferner: Herrenanzüge, Ulster, Cutaways, Kostüme, Mäntel, Teppiche, Gardinen, Wäsche verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a. Keine Lombardware. 1312R*

Inventurverkauf! Der Weg lohnt sich. Herrenanzüge, Ulster, Damenmäntel, echte Fuchskragen 175.—, 1200.—. Leihhaus Boxhagenerstr. 47, Lichtenberg.

Leihhaus Schöneberg, Sedanstraße 1, gegenüber Bahnhof, belehrt höchstzahlend alles. Stets Verkauf von Versatzsachen. Stephan 3033, Richard Eichelmann.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe und Pelzwaren. Keine Lombardware.

Wirklich billig! In Herrengarderobe ist Goldmann, Alexandrinenstraße 44, II, Ecke Kommandantenstraße. Trotz steigender Teuerung verkaufe Anzüge, Schlüpfer, Cutaways, modern, mit Friedenszutaten verarbeitet, 60 Prozent billiger.

Monatsanzüge, Gummimäntel von 250.—. Neue Herrengarderobe verkauft zu Engrospreisen an Privatkunden Alexanderstraße 28a, hochparterre.

Monatsanzüge, Winterpaletots zu staunend billigen Preisen. Rak, Germaniastraße 25/26, früher Mulackstraße. 81/12*

Schreibmaschine, Mignon, tiptop, 800.—, Omega, neu, 3200.—, preiswert verkäuflich. Postamt neunundvierzig, Schließfach eins.

Möbel

Möbelkredit bei kleinster An- und Abzahlung. Komplette Wohnungs-Einrichtungen, eichene Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Görisch, Stralauer Platz 1—2, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof.

Chaiselongue 100.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 180.—, Kinderbrahtbett. Melcke, Auguststraße 53a, Quergebäude. 1336R*

Chaiselongues, 375.—, 825.—, 725.—, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 240.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Metallbetten 155.—, Polsterauflagen, Korbmöbel, billigste Gelegenheiten. Ringler, Neukölln, Weserstraße 215 I.

Kaufgesuche

Schallplatten, alte, zerbrochene, Kilogramm 27.—, Plattenumtausch. Sanger, Bergmannstraße 15 (Kreuzberg). 3335*

Fahrradankauf, Linienstraße 19. 1468*

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 142R*

Achtung! Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin-, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenstraße 168.

Mauserpistolen, mit und ohne Anschlagkasten, auch Jagdgewehre kauft Heußrich, Tempelhofer Ufer 10, am Halleschen Tor.

Jagdwaffen, Selbstladepistolen, kauft und verkauft Franke, Brunnenstr. 82. 81/18

Glühlampen, Elektromaterial, kauft Schröder, Veteranenstraße 4.

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Kuhkurse, Schnittzeichner, Zuschneiden, Nähkurse, Schnittmuster.

Rudolf Maurer's Privat-Zuschneideschule (Carré-System). Inhaber Alfred Maurer, Friedrichstraße 61, gegründet 1871. Herren- und Damen-Schneiderei, Wäsche, Modenkunstverlag. Telephon Zentrum 7000.

Verschiedenes

Erfinder, Patentbureau Sackschet, Gertraudtenstraße 15, Zentrum 7800. 104R*

Gefunden, Verloren

Entlaufen! Großer Schäferhund, wolfsgrau, ohne Marke, Rufname „Prinz". Wiederbringer hohe Belohnung. Krug, Gleimstraße 30. 81/17

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Knopfloch-Anzeichnerinnen und Nachseherinnen, nur ganz geübte, verlangen sofort Gebrüder Borchardt, Pappel-Allee 78/79.

Tücht. selbständige
Maschinenschlosser
als Kolonnenführer
Werkzeugschlosser
Werkzeugdreher
Schaber f. Werkzeugmaschinen
mit langjährigen Erfahrungen im Präzision-maschinenbau sucht
Werkzeugmaschinenfabr.
F. A. Scheu G.m.b.H.
Berlin NW 87
Neues Ufer 20-23

Lehrling
für die Werkzeugmacherei sucht Knopffabrik Hirschfeld, Stralauer Str. 39.

Einfasser u. Graveur oder ein Einfasser und ein Graveur ein Ketten-mach., am liebsten solcher, der auch etwas Erfahrung in anderen Goldarbeit. besitzt, erh. fest. Stelle in Gothenburg, Schwed. Gefl. Antw. erb. m. Ref. an A. K. & E. Carl son, Guldvarufabrik, Esselundsgatan 10, Gothenburg, Schweden. 15/4

Metallwerk
sucht zum sofortigen Eintritt
1 Kommissions-Buchführer,
der gleichzeitig die Liefertermine festsetzt und überwacht, und
1 Kontorist (in),
Maschinenschreiber bevorzugt, welcher bereits in modern eingerichteter Betriebs-Buchhaltung tätig war. 130/9
Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Eintrittstermin unt. B. N. Z. 143 an Ala-Haasenstein & Vogler, Berlin W 35.

ZZ **Botenfrauen u. Männer**
werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt:
Ackerstr. 174 (Koppenplatz) · Marienstraße 36
Bärwaldstraße 42 · Müllerstraße 31a
Bülowstraße 7 · Petersburger Platz 4
Derfflingerstraße 81 · Prinzenstraße 21
Greifenhagener Straße 22 · Steglitzer Straße 37
Immanuelkirchstraße 24 · Wattstraße 4
Lausitzer Platz 14/15 · Wilhelmshavener Str. 48
Lübecker Straße 1
Borsigwalde, Ränickstraße 10
Lichtenberg, Gotenburgerstraße 1
Neukölln, Weckerstr. 3 u. Bergfriedstr. 28/29
Niederschöneweide, Brückenstr. 10
Niederschönhausen, Treskowstraße 27
Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 56
Schöneberg, Belziger Straße 7
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 13
Treptow, Kiefholzstr. 412